



# 18.03.2025

## TAG DER POLITISCHEN GEFANGENEN

### Solidarität über Mauern und Grenzen hinweg

| Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V., Ende Januar 2025

„**W**enn ich mit anderen Linken solidarisch bin, heißt das nicht, dass ich immer alles gut finde, was sie tun. Aber für ihr Recht darauf stehe ich ein.“

So brachte die im vergangenen Jahr verstorbene Journalistin, Feministin und ehemalige politische Gefangene Ingrid Strobl schon 2019 anlässlich der „Solidarität verbindet!“-Kampagne eindrucksvoll auf den Punkt, was die Rote Hilfe e. V. als Organisation ausmacht. Die sich aus unserem strömungsübergreifenden Ansatz notwendigerweise ergebende Vielfalt an Überzeugungen und Positionen birgt immer wieder erhebliches innerlinkes Konfliktpotenzial. Zweifelsohne ist er jedoch auch eine unabdingbare Voraussetzung dauerhaft wirksamer Anti-repressionsbemühungen. Ohne den Anspruch, die Linke der BRD in ihrer Gesamtheit zu vertreten, wären wir womöglich schon längst von der politischen Bildfläche verschwunden. Stattdessen haben wir 2024 unser einhundertjähriges Bestehen feiern können.

Das große Jubiläum bot aber keinesfalls nur Anlass zur Freude, denn im Gegensatz zu den Herrschenden arbeitet die Rote Hilfe letztlich an ihrer eigenen Abschaffung und unterstützt konsequent das Eintreten für gesellschaftliche Verhältnisse, in denen es ihrer Aktivitäten nicht länger bedarf.

Von solchen Zuständen sind wir natürlich noch weit entfernt. Ein wesentlicher Gradmesser für Ausmaß und Qualität staatlicher Repression ist stets die Situation politischer Gefangener.

Von den 2024 mit massiven Repressalien konfrontierten Genoss\*innen, die unsere Unterstützung dringend benötigten, seien exemplarisch nur einige wenige kurz erwähnt: Mehr als ein Vierteljahrhundert nach Selbstauflösung der RAF ohne Gegenwehr festgenommen, sieht sich Daniela Klette nun bereits seit über einem Jahr Haftbedingungen ausgesetzt, als befänden wir uns inmitten des Deutschen Herbstes 1977.

Ende Juni 2024 wurde die nichtbinäre Person Maja entgegengesetzt einer ausstehenden einstweiligen Anordnung des Bundesverfassungsgerichtes in einer Nacht-und-Nebel-Aktion an den für menschenverachtende Vollzugspraktiken berüchtigten Justizapparat des autoritären, queerfeindlichen ungarischen Staates ausgeliefert. Mehreren weiteren Beschuldigten im „Budapest-Komplex“, unter ihnen sieben Genoss\*innen, die sich am 20. Januar 2025 freiwillig den BRD-Verfolgungsbehörden stellten, droht ein vergleichbares Schicksal. Der Vorwurf: Sie alle sollen 2023 in Angriffe auf Teilnehmer eines neonazistischen Aufmarsches involviert gewesen sein.

Der Stuttgarter Antifaschist Nico musste im August aufgrund seiner angeblichen Teilnahme an polizeikritischen Protesten eine dreijährige Freiheitsstrafe antreten.

Ende November verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf die anti-imperialistischen Aktivist\*innen Özgül Emre, İhsan Cibelik und Serkan Küpeli auf Basis des Gesinnungsparagrafen 129b StGB wegen eines behaupteten Engagements für die in der BRD verbotene türkische Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) jeweils zu mehrjährigen Haftstrafen.

Und die Zahl der kurdischen Aktivist\*innen, die unter dem Vorwurf der PKK-Mitgliedschaft in Deutschland in Untersuchungshaft sitzen oder zu langen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, hat einen neuen Höchststand erreicht.

An diese und etliche andere inhaftierte Genoss\*innen erinnert die Rote Hilfe an jedem 18. März, dem Tag der politischen Gefangenen. Letzterer geht zurück auf den epochalen Aufstand und die überaus brutale Niederschlagung der Pariser Kommune 1871. Bemerkenswerterweise entsprang die gegenüber den Kommunist\*innen einst entfachte Gewalt und Unterdrückung einer reaktionären Kollaboration der eigentlich verfeindeten Parteien des Deutsch-Französischen Krieges. So verfügte Reichskanzler Bismarck die Freilassung zehntausender Kriegsgefangener der gegnerischen Seite. Das aber ermöglichte Frankreichs Regierungstruppen erst eine in blutige Gemetzel mündende militärische Offensive gegen die sozialrevolutionäre Kommune.

Es existiert somit eine lange Geschichte länderübergreifender Allianzen staatlicher Unterdrückung, in die sich die erwähnte deutsch-ungarische Zusammenarbeit im Budapest-Komplex nahtlos einfügt – ebenso wie die internationale Verfolgung der kurdischen Linken. Mit dem weltweit zu konstatierenden Erstarken extrem rechter Kräfte inklusive der entsprechenden Regierungsübernahmen etwa in Italien oder den USA steht fest: Wir dürften in dieser Hinsicht noch manch weitere konzertierte Repression reaktionärer Regime und ihrer Unterstützungsnetzwerke zu erwarten haben.

Die umso größere Bedeutung grenzübergreifender Solidaritätsstrukturen spiegelt die kürzlich erfolgte Umwandlung der lebenslangen Freiheitsstrafe des indigenen Aktivist\*en Leonard Peltier in Hausarrest nach fast fünfzigjähriger Inhaftierung wider: Sicherlich war die Entscheidung des schei-

# Freiheit für alle politischen Gefangenen!

18. März  
Tag der politischen Gefangenen



ROTE HILFE E.V.  
rote-hilfe.de



denden US-Präsidenten Biden nicht zuletzt das erfreuliche Ergebnis einer intensiven und kontinuierlichen Kampagnenarbeit.

Bereits 1923 erklärte die Internationale Rote Hilfe den 18. März zum „Internationalen Tag der Hilfe für die politischen Gefangenen“. Die Rote Hilfe e. V. beteiligt sich seit 1996 an diesem mittlerweile von diversen politischen Gruppen getragenen Aktionstag für die Freiheit der politischen Gefangenen, unter anderem durch die Herausgabe einer Sonderzeitung. Diese haltet ihr gerade in den Händen.

Die Vielfalt der dieses Jahr behandelten Themen bildet die enormen Herausforderungen, Aufgaben und Kämpfe unserer Organisation sowie internationaler Solidaritätsstrukturen der Linken ab. Neben den schon angerissenen Themenfeldern werden dieses Mal zum Beispiel die Tätigkeit des Solikreis Stuttgart, die empörende Verfolgung als

PKK-Anhänger\*innen geltender Genoss\*innen und die im Kontext des Antifa-Ost-Verfahrens ausgeübte Repression beleuchtet. Auch das Baskenland, Griechenland, Belarus, den Iran, die Türkei, Israel, die USA, El Salvador und Mexiko betreffende Entwicklungen werden aufgegriffen.

Wir danken der Redaktionsgruppe und den Autor\*innen der Artikel herzlich für ihren Einsatz und hoffen, dass die Texte nicht nur euer Interesse finden, sondern darüber hinaus als Ansporn dienen, euch gemeinsam mit Freund\*innen und Genoss\*innen in die zahlreichen Aktivitäten und Veranstaltungen rund um den diesjährigen 18. März einzubringen oder vor Ort eigene zu initiieren. Verbreiten wir auch und gerade in schwierigen politischen Zeiten lautstark und unüberhörbar die Botschaft der linken Solidarität, denn um abschließend noch einmal Ingrid Strobl zu zitieren: „Linke kämpfen nicht für sich allein, sondern zusammen und für alle.“

#### Inhalt

Solidarität über Mauern und Grenzen hinweg.....	1
„Genoss*innen zu haben, die hinter einem stehen, gibt Mut und Kraft“.....	2
Veranstaltungen zum 18. März 2025.....	2
Unter verschärften Widersprüchen – Rückblick auf die ersten sechs Monate Knast im Fall Nico.....	3
Knastbriefe als zentrales Kommunikationsmittel – Denn sie sind Teil unseres Kampfes!.....	3
Jo und Dy entlassen – Jahrelange Solidaritätsarbeit für gefangene Antifas.....	3
Verfahren nach § 129b gegen kurdische Aktivist*innen – Europäischer Haftbefehl als Instrument der Repression.....	4
Erneute Festnahme wegen angeblicher PKK-Mitgliedschaft – Kurdische Aktivistin in Untersuchungshaft.....	4
„Erdogan müsste hier vor Gericht stehen“ – Kenan Ayaz wegen Mitgliedschaft in der PKK verurteilt.....	5
30 Jahre PKK-Verbot in Deutschland – wen interessiert das noch? – Die Verfolgungsrealität für kurdische Aktivist*innen.....	5
Prozess voller Ungereimtheiten und politisch motivierter Winkelzüge – Hohe Haftstrafen wegen Mitgliedschaft in der DHKP-C.....	6
„Es zeigt sich wieder einmal, dass der Staat nichts vergisst“ – Interview mit Rechtsanwalt Lukas Theune.....	6
Schikanen gegen den Antifaschisten Nanuk – 22 Stunden Einschluss und verschwindende Briefe.....	7
Free Hanna! – Antifa bleibt notwendig – Solidarität aber auch!.....	7

(Un-)Freiheit für alle Antifas – Staatliche Verfolgungswut im Budapest-Komplex.....	8
„Diese entmenslichende Prozedur von Repression und Knast“ – Majas Haftsituation in Ungarn.....	9
Starker öffentlicher Druck gegen die Auslieferung von Gino – Antifaschist in Frankreich in Haft.....	9
Behin betiko – ein für alle Mal! – Kleine Fortschritte für die baskischen Gefangenen.....	10
„Der Drang nach Freiheit ist stärker als alle Knastmauern“ – Anarchistische Gefangene in Griechenland.....	10
Systematische Menschenrechtsverletzungen und Isolation – Politische Gefangene in der Türkei.....	11
Das Recht auf Hoffnung als Grundlage für Frieden – Freiheit für Abdullah Öcalan!.....	11
Die Gefängnisse sind weiterhin voll – Politische Gefangene in Belarus.....	12
Widerstand hinter Gittern trotz Folter und Todesstrafe – Die Lage der politischen Gefangenen im Iran.....	12
Nach 49 Jahren in Haft – Leonard Peltier in den Hausarrest entlassen.....	13
Mumia Is Still The Issue – Linker Journalist und Ex-Black-Panther-Aktivist seit 1982 in Haft.....	13
Keinen Grund für die Verhaftung genannt – Administrativhaft in Israel.....	13
Mexiko – Fabrik von Schuldigen – Repression gegen Aktivist*innen durch falsche Beschuldigungen.....	14
Wie Familien und Verbündete um Gerechtigkeit kämpfen – Politische Gefangene in El Salvador.....	14
Solidarität muss praktisch werden! Schreibt den gefangenen Genoss*innen!.....	15
Wer ist die Rote Hilfe?.....	16
Impressum.....	16



# „Genoss\*innen zu haben, die hinter einem stehen, gibt Mut und Kraft“

I Nico

Liebe Genoss\*innen, als Gefangener ist es sehr wichtig, Solidarität zu erfahren und zu spüren. Solidarität gibt einem das direkte Gefühl und Wissen, dass man nicht alleine ist und die Bewegung hinter einem steht.

Die Silvesterkundgebung konnte ich leider nicht gut hören, das Feuerwerk dafür umso besser. Aber allein das Wissen, dass ihr da wart, gibt schon viel Kraft. Der Knast und die Haftzeit sind ganz anders als draußen. Nicht nur wegen der fehlenden Freiheit und der Isolation: Hier kommt man mit Menschen zusammen, mit denen man vorher keinen Kontakt hatte, der Umgang untereinander ist anders, und es fallen oft sexistische, rassistische und queerfeindliche Sprüche. Alle Widersprüche sind hier sehr zugespitzt.

In diesem Umfeld Genoss\*innen zu haben, die hinter einem stehen, die unsere Kämpfe weiterführen, unsere Positionen vertreten und eine andere Perspektive als die Haft aufzeigen, gibt Mut und Kraft und zeigt, dass ich nie alleine bin.

Liebe Grüße,  
Nico

## Veranstaltungsreihe

### No Justice! No Peace! Gegen rassistische und politisch motivierte Polizeigewalt!

Veranstaltungsreihe der Roten Hilfe OG Freiburg und KTS Infoladen

**MITTWOCH, 12.03.2025, 19.00 UHR**

**Tod in Gewahrsam – Perspektiven, Kämpfe, Gedenken**

Vortrag mit der Gruppe Death in Custody

Ort: KTS Café, Baslerstr. 103, Freiburg

**SAMSTAG, 15.03.2025, 19.00 UHR**

**Zwischen Trauma und Macht: Die psychischen Folgen von Polizeigewalt**

Vortrag mit CN Awareness anlässlich des Internationalen Tags gegen Polizeigewalt

danach Kūfa (veganes Essen zum Selbstkostenpreis) und Kneipe

Ort: KTS Café, Baslerstr. 103, Freiburg

**DIENSTAG, 18.03.2025, 19.00 UHR**

**Schreibend verbinden: Solidarität hinter Mauern**

Solitresen mit Input „Briefeschreiben in den Knast“ und gemeinsamem Schreiben

Ort: Strandcafé, Adlerstr. 12, Freiburg

**FREITAG, 05.04.2025, 19.00 UHR**

**Erfahrungen eines Antifaschisten in Haft**

Ein Abend mit Findus

Ort: LiZ Freiburg, Glümerstr. 2, Freiburg

Weitere Veranstaltungen in Planung. Stay tuned on tacker.fr

## Infotour

### Contra la Repression – Der Budapest-Komplex

mit der Soligruppe Free Hanna

**SAMSTAG, 15.03.2025 – 16.00 UHR**

**STUTTGART**

Ort: Zentrum Lilo Hermann, Böblingerstr. 105, Stuttgart

mit anschließender Vokū

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Stuttgart

**MONTAG, 17.03.2025 – 19.00 UHR**

**REGENSBURG**

Ort: Bund für Geistesfreiheit, Hemauerstr. 15, Regensburg

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Regensburg

**DONNERSTAG, 20.03.2025 – 20.00 UHR**

**PASSAU**

Ort: ZaKK, Firmianstr. 10, Passau

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Passau

**FREITAG, 21.03.2025 – TBA**

**DUISBURG**

Ort: Linkes Zentrum Maria Mester, Landfermannstr. 9, Duisburg

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Duisburg

**SAMSTAG, 22.03.2025 – 19.00 UHR**

**KÖLN**

Ort: Alte Feuerwache Köln, Melchiorstr. 3, Köln

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Köln/Leverkusen und Solidaritätsnetzwerk Köln

**SONNTAG, 23.03.2025 – 18.00 UHR**

**HEILBRONN**

Ort: Soziales Zentrum Käthe, Wollhausstr. 49, Heilbronn

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Heilbronn

**MONTAG, 24.03.2025 – 19.00 UHR**

**HEIDELBERG**

Ort: Café Gegendruck, Fischergasse 2, Heidelberg

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Heidelberg/Mannheim, Antifaschistische Initiative Heidelberg, Seebrücke Heidelberg, linksjugend [solid] Heidelberg

## Veranstaltungen zum 18. März 2025

**FREITAG, 7. MÄRZ 2025**

**HANNOVER 19.00 UHR**

**Die Pariser Commune –**

**Her mit dem schönen Leben!**

Vortrag und szenische Lesung mit Florian Grams

Ort: QUARTIER Theater, Kornstr. 31, Hannover

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Hannover

**HEIDELBERG 20.00 UHR**

**Politische Prozessführung**

Diskussionsabend mit der Roten Hilfe und Antifaschist\*innen im Rahmen des Antifa Siempref!

vorher ab 19.00 Uhr Kūfa (veganes Essen zum Selbstkostenpreis)

Ort: Café Gegendruck, Fischergasse 2, Heidelberg

Veranstaltet von: Antifaschistische Initiative Heidelberg in Kooperation mit der Roten Hilfe OG Heidelberg/Mannheim

★

**MONTAG, 10. MÄRZ 2025**

**HANNOVER 20.00 UHR**

**Die Frauen von Mamak –**

**Widerstand im türkischen Militärgefängnis**

Buchvorstellung mit Mitgliedern

des Herausgeber\*innen-Kollektivs

Ort: UJZ Korn, Kornstr. 28-32, Hannover

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Hannover

**HEIDELBERG 19.00 UHR**

**Repression gegen FLINTAntifas**

Vortrag und Diskussion beim Fantifa,

dem FLINTA\*-Abend der AIHD

- FLINTA\* only -

Ort: Café Gegendruck, Fischergasse 2, Heidelberg

Veranstaltet von: Antifaschistische Initiative Heidelberg

★

**DONNERSTAG, 13. MÄRZ 2025**

**KASSEL 17.00 UHR**

**Solidarität mit den politischen Gefangenen!**

Gemeinsames Briefeschreiben in den Knast

Ort: LiZa, Die Freiheit 19, Kassel

Veranstaltet von: Solikreis Kassel

★

**FREITAG, 14. MÄRZ 2025**

**KASSEL 18.30 UHR**

**Überleben in Haft – (wie) geht das?**

Gespräch mit Thomas Meyer-Falk

Ort: LiZa, Die Freiheit 19, Kassel

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Kassel

**LEVERKUSEN 19.00 UHR**

**Solidarität verbindet – 100 Jahre Rote Hilfe**

Filmvorführung

Ort: Karl-Liebknecht-Schule der DKP,

Am Stadtpark 68, Leverkusen

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Köln/Leverkusen und DKP Leverkusen

★

**SAMSTAG, 15. MÄRZ 2025**

**HANNOVER 19.00 UHR**

**Überleben in Haft – (wie) geht das?**

Gespräch mit Thomas Meyer-Falk

Ort: Infoladen Libresso Libertär,

Fröbelstr. 5, Hannover

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Hannover

**MÜNCHEN 13.00 UHR**

**Free all Antifas – Freiheit für Hanna!**

Demonstration

Auftakt: vor der JVA München –

Frauenabteilung, Ecke Stadelheimer Straße/Tegernseer Landstraße, München

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG München

**MÜNCHEN 16.00 UHR**

**Free all Antifas – Freiheit für Hanna!**

Soli-Nachmittag im Anschluss an die Demo

Ort: Barrio Olga Benario, Schlierseestr. 21, München

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG München

**NÜRNBERG 15.00 UHR**

**Heraus zum Tag der politischen Gefangenen!**

Kundgebung

Ort: Jamnitzer Platz, Nürnberg

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Nürnberg

– Fürth – Erlangen

★

**SONNTAG, 16. MÄRZ 2025**

**LANDSHUT 19.00 UHR**

**Kein Tag der Ehre, kein Knast für Antifas!**

Staatliche Repression und antifaschistische Solidarität im so genannten Budapest-Komplex

Vortrag und Diskussion

Ort: Infoladen Landshut, Alte Bergstr. 146, Landshut

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Landshut

**MANNHEIM 14.00 UHR**

**Freiheit für alle politischen Gefangenen!**

Kundgebung mit Lesung aus Briefen und Grußworten der Gefangenen

Ort: Marktplatz Mannheim

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Heidelberg/

Mannheim, Offenes Antifa-Treffen Mannheim und Antifaschistische Initiative Heidelberg

**WIESBADEN 15.00 UHR**

**Solidarität mit den politischen Gefangenen!**

Briefeschreiben an Gefangene

Ort: Café Klatsch, Marcobrunnerstr. 9, Wiesbaden

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Wiesbaden

★

**MONTAG, 17. MÄRZ 2025**

**FRANKFURT 19.00 UHR**

**Freiheit für alle politischen Gefangenen!**

Barabend mit Essen und Briefeschreiben in den Knast

Ort: Café ExZess, Leipziger Str. 91, Frankfurt

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Frankfurt

**MANNHEIM 19.00 UHR**

**Tearing Walls Down**

Filmabend zu politischen Gefangenen in der Türkei

Ort: Ewwe longt s, Kobellstr. 20, Mannheim

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Heidelberg/ Mannheim und Offenes Antifa-Treffen Mannheim

★

**DIENSTAG, 18. MÄRZ 2025**

**BOCHUM 19.00 UHR**

**Adele Haas – als inter\*Person im Nationalsozialismus verfolgt**

Vortrag von Jako Wende

Ort: Oval Office Bar, Saladin-Schmitt-Str. 2, Bochum

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Bochum

**DUISBURG 17.00 UHR**

**Freiheit für alle politischen Gefangenen!**

Kundgebung

Ort: tba, Duisburger Innenstadt

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Duisburg

**FRANKFURT 17.00 UHR**

**Knastbeben – für eine Welt ohne Knäste!**

**Kundgebung**

Ort: JVA Preungesheim,

Homburger Landstr. 112, Frankfurt

**HAMBURG 18.30 UHR**

**Freiheit für Kenan Ayaz!**

Infoveranstaltung zur Repression gegen die kurdische Community mit der Soligruppe

Free Kenan und Anwältin Antonia von der Behrens

Ort: Centro Sociale, Sternstr. 2, Hamburg

Veranstaltet von: Soligruppe Free Kenan

**HAMBURG 19.00 UHR**

**Solidarität verbindet – 100 Jahre Rote Hilfe**

Filmvorführung

Ort: Infoladen Wilhelmsburg, Fährstr. 48, Hamburg

Veranstaltet von: Infoladen Wilhelmsburg

**HANNOVER 17.30 UHR**

**Freiheit für alle politischen Gefangenen!**

Demonstration

Auftakt: Am Kröpcke, Hannover

Veranstaltet von: Internationalistisches Bündnis

**JENA 18.30 UHR**

**Der Budapest-Komplex – von Repression und Solidarität, Antifaschismus und Knast**

Podiumsdiskussion;

davor ab 17 Uhr Kaffee, Kuchen und Briefeschreiben

Ort: F-Haus, Johannisplatz 14, Jena

Veranstaltet von: Budapest Antifascist Solidarity Committee (BASC) Jena

**KASSEL 17.00 UHR**

**Freiheit für die politischen Gefangenen!**

Demonstration

Auftakt: Hauptbahnhof Kassel

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Kassel

**KIEL 19.00 UHR**

**Knast überleben, Solidarität aufbauen**

Gespräch mit Thomas Meyer-Falk

Ort: Subrosa, Elisabethstr. 25, Kiel

Veranstaltet von: Turboklimakampfgruppe Kiel (TKKG Kiel) und Rote Hilfe OG Kiel

**LEIPZIG 17.00 UHR**

**Tag der politischen Gefangenen**

Kneipe, Briefeschreiben und Vortrag

„trans\* und Knast“

Ort: Meuterei, Zollschuppenstr. 1, Leipzig

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Leipzig und Wir sind alle LinX

**MARBURG 15.00 UHR**

**Solidarität mit den politischen Gefangenen!**

Gemeinsames Briefeschreiben in den Knast und Kaffeeklatsch mit veganem Kuchen

Ort: Anarchistischer Infoladen,

Neustadt 24, Marburg

Veranstaltet von: Rote Hilfe Marburg/Gießen und Infoladenkollektiv

**PASSAU 21.00 UHR**

**Solidarität mit den politischen Gefangenen!**

Soli-Abend

Ort: ZaKK, Firmianstr. 10, Passau

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Passau

**TRIER 18.00 UHR**

**Der Radikalenerlass gestern und heute**

Workshop

Ort: Komplex Infoladen, Hornstr. 7, Trier

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Trier

**WUPPERTAL 19.00 UHR**

**18.-März-Soli-Café**

Solidaritätscafé mit Soli-Snacks und Soli-Drinks und gemeinsamem Briefeschreiben an Gefangene

Ort: Schmitz Katze, Hochstr. 23, Wuppertal

Veranstaltet von: Rote Hilfe OG Wuppertal



## Unter verschärften Widersprüchen Rückblick auf die ersten sechs Monate Knast im Fall Nico

| Solikreis Stuttgart

200 Genoss\*innen versammelten sich im August 2024 zum Haftantritt vor der Justizvollzugsanstalt (JVA) Ulm. Vier Jahre nach der „Stuttgarter Krawallnacht“, in deren Kontext Nico zu 37 Monaten Haft verurteilt wurde, musste er dort seine Strafe antreten. Als politischer Gefangener sieht er sich seither mit einer Vielzahl an Repressalien konfrontiert.

Im Sommer 2020 brachen in mehreren Städten bundesweit Auseinandersetzungen aus. Hintergrund war die Zuspitzung sozialer Widersprüche unter den Bedingungen der Pandemie. Die Stimmung unter den Jugendlichen, die den öffentlichen Raum in der Stuttgarter Innenstadt nutzten, um sich mit Freund\*innen zu treffen, kippte am 20. Juni 2020. Als wäre das monatelange Verweigern von sozialer und kultureller Teilhabe nicht

Phrasen wurden Narrative platziert. So kündigte der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU) an, man werde „gegen die Täter mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln des Rechtsstaates vorgehen“ und schob nach, man solle es „mit Multikulti nicht übertreiben“. Der Stuttgarter Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir (Grüne) beschrieb den sich auftuenden Widerspruch zwischen bürgerlicher Politik und proletarischer Jugend und sah die Gefahr, dass „Jugendliche, insbesondere auch mit Migrationshintergrund, uns entgleiten“.

Eine elfköpfige Sonderkommission wurde eingerichtet. Entsprechend maßlos wurden diejenigen verfolgt, die als Teilnehmer\*in der Revolte identifiziert werden konnten. Ein Ermittlungsschwerpunkt der Polizei lag von Anfang an auf

ten, die auf Bewährung ausgesetzt wurden.

Schon am Tag seines Haftantritts begannen die Schikanen gegen Nico. Direkt nach seinem Eintreffen in der JVA Ulm wurde er in die über 100 Kilometer entfernte JVA Heimsheim verlegt. Der Coup ist in erster Linie als Ansage zu verstehen: An Nico, der sich darauf eingestellt hatte, bis auf Weiteres in Ulm zu sitzen, und an die Solidaritätsbewegung, die den Genossen mit einem Reisebus und etlichen Autos zum Haftantritt begleitet hatte.

In Heimsheim setzen sich die Repressalien fort. Im Fokus der Anstaltsleitung steht hier jede Form von Kontakt und Kommunikation. Standardmäßig dürfen die Inhaftierten in der dortigen JVA keine Bücher empfangen, erschwerend kommt im Fall von Nico hinzu, dass auch linke Tageszeitungen und Zeitschriften abgewiesen werden. Besonders skandalös ist der Umgang mit potenziellen Besucher\*innen. Pauschal wurden und werden alle Beantragten, die im Verdacht stehen, links zu sein, nicht zugelassen. Die vom faktischen Besuchsverbot Betroffenen wurden erst nach zwei Monaten und auf anwaltlichen Druck darüber informiert. Dennoch beharrt die JVA weiterhin darauf, dass höchstens nach erfolgter Sicherheitsüberprüfung, der die Betroffenen zustimmen müssen, eine Besuchsgenehmigung erteilt werden kann.

Den Gängelungen zum Trotz hat Nico sich inzwischen im Knast zurechtgefunden. In einem Brief schreibt er, „am Ende des Tages ist Knast aushaltbar“, und stellt fest, dass die alltäglichen Schikanen im Knast „im Großen und Ganzen

nicht anders wie bei euch draußen im Berufsleben“ sind – im Grunde sind es die gleichen Widersprüche, die sich in Haft weiter zuspitzen.

Im täglichen Tun ist es mitunter nicht ganz so einfach, auf die Widersprüche, die der Knastalltag aufmacht, politische Antworten zu finden. Das bleibt eine kontinuierliche Herausforderung für Nico und für die Solidaritätsstrukturen. Denn um es mit Nicos eigenen Worten zu sagen: „Ob auf der Straße, vor Gericht oder eben hinter Gittern: Wir halten zusammen!“

► solikreis.org

## Jo und Dy entlassen Jahrelange Solidaritätsarbeit für gefangene Antifas

| Solikreis Stuttgart

Seit Februar 2025 ist der Antifaschist Jo wieder auf freiem Fuß, bereits sechs Monate zuvor wurde Dy aus der Haft entlassen. Beide saßen für mehrere Jahre im Knast aufgrund einer Beteiligung an einem Angriff auf Faschisten des rechten Betriebsprojekts „Zentrum“ am Rande einer Querdenken-Veranstaltung im Sommer 2020.

Der Inhaftierung vorausgegangen war einer der größten Repressionsschläge in Baden-Württemberg seit Jahren – mit Hausdurchsuchungen, einer medialen Hetzjagd und Inszenierungen in der Nähe von Terrorismus, einem monatelangen Prozess und dem Urteil zu viereinhalb und fünfeinhalb Jahren. In diesem Kontext kam es auch zu Ermittlungen gegen weitere Antifaschist\*innen, deren Verfahren mittlerweile alle eingestellt wurden. Eine zivilrechtliche Auseinandersetzung mit einem Streitwert in Höhe von 140.000 Euro ist noch immer nicht abgeschlossen.



Verabschiedung von Dy zum Haftantritt

Die Repression im so genannten Wasen-Verfahren ist ein staatlicher Angriff auf die antifaschistische Bewegung mit dem Ziel, eine konsequente Form des Antifaschismus zu delegitimieren, zu isolieren und zu spalten und in unserem Fall an Jo und Dy ein Exempel zu statuieren.

Den Angriffen, den Einschüchterungs- und Spaltungsversuchen haben wir gemeinsam mit Solidarität, Spendenkampagnen, einer politischen Prozess- und Haftbegleitung und antifaschistischen Aktionen standgehalten. Bundesweit gab es über die Jahre hinweg Solidaritätsaktionen, anlässlich des Prozessbeginns und der Urteilsverkündung Demonstrationen, Besuche und Feuerwerk an den Knästen, Farbaktionen bei staatlichen Akteur\*innen, eine Bustour zu verschiedenen Knästen und Tattoo-Conventions.

Damit konnten wir Erfahrungen sammeln, die uns in der weiteren Antirepressionsarbeit voranbringen können. Denn Repression ist immer auch eine Möglichkeit, sich selbst und die eigene Politik öffentlich zu verteidigen, aus den Erfahrungen zu lernen, Strukturen voranzubringen, neue Handlungsfelder zu nutzen und die Solidarität und Kollektivität auszubauen und zu konkretisieren.

Gleichzeitig hat uns die Zeit auch gezeigt, welche Herausforderungen lange Verfahren, hohe Haftstrafen und die Widersprüche, die auch im Knast auf uns und die Gefangenen einwirken, mit sich bringen. Wenn es uns trotz allem gelingt, uns den Herausforderungen zu stellen und die Handlungsspielräume weiter auszubauen, dann wird Repression nicht zu einem Moment der Schwäche, sondern der Solidarität und Stärke. Denn letztlich sind es vor allem unsere Solidarität, unser Wille und unser Wissen um unsere Legitimität und die Fortsetzung unseres Kampfes, die die Grundlage für den Kampf gegen die Klassenjustiz bilden.

Wir freuen uns, Jo und Dy wieder in unserer Mitte willkommen zu heißen und die Kämpfe gegen Faschismus, Krieg und Kapital jetzt wieder Seite an Seite führen zu können.



Silvesterdemo in Solidarität mit Nico in Heimsheim 2024

schon genug gewesen, gängelte die Polizei die Menschen, die sich in der Stadt mit Freund\*innen trafen, permanent. Eine weitere willkürliche Kontrolle der Polizei brachte das Fass zum Überlaufen. Hunderte solidarisierten sich, die Stimmung war aufgeladen und mündete in stundenlange Straßenschlachten mit der Polizei und der Zerstörung etlicher Ladengeschäfte.

Weit größer als die Schäden für den Einzelhandel war der Schaden für die Unumstößlichkeit des staatlichen Gewaltmonopols. Entsprechend reagierte Politik und Repressionsbehörden. Mit rassistischer Hetze und law-and-order

der Identifizierung linker Aktivist\*innen, die in besagter Nacht in der Stuttgarter Innenstadt gewesen sein könnten. Der Verfolgungseifer ging sogar so weit, dass eine Funkzellenabfrage für nahezu den gesamten Stadtteil Mitte erstellt und mit allen aus der linken Bewegung bekannten Handynummern abgeglichen wurde.

Am Ende der monatelangen Ermittlungen lagen magere Beweise gegen drei linke Aktivist\*innen vor. In Indizienprozessen wurden sie zu Haftstrafen verurteilt: Nico zu 37 Monaten, Yan – der sich zwischenzeitlich durch Untertauchen dem Haftantritt entzogen hat – zu 45 Monaten und eine weitere Genossin zu 20 Mona-

## Knastbriefe als zentrales Kommunikationsmittel Denn sie sind Teil unseres Kampfes!

| AG Briefe Schreiben

Briefe sind für Gefangene die wichtigste Verbindung zur Außenwelt, besonders wenn andere Kommunikationsmittel wie E-Mails und Telefon wegfallen. Briefe bieten nicht nur emotionalen Beistand, sondern ermöglichen auch die Teilhabe an der Außenwelt. Es ist wichtig, dass Antirepressionsarbeit nicht nur punktuell, sondern umfassend betrieben wird. Briefe helfen Gefangenen, sich eingebunden zu fühlen, unabhängig davon, ob mensch die Person vor der Inhaftierung kannte. Der Kontakt zur Außenwelt sollte nicht nur dem sozialen und politischen Nahfeld überlassen werden, sondern Teil des politischen Aktivismus sein.

Wir sind ein Zusammenschluss repressionserfahrener Personen, die sich zusammengefunden haben, um ein Projekt auf die Beine zu stellen, das möglichst kontinuierlich und gut vernetzt „Briefeschreiben an Gefangene“ noch mehr in

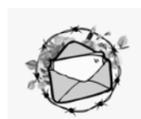
den Fokus linker Strukturen rücken möchte.

Obwohl die Sorge vor Repression eine Rolle spielt, sollte das Schreiben von Briefen nicht vermieden oder auf Floskeln beschränkt werden. Das Projekt zielt darauf ab, Sensibilität für Risiken zu schaffen und Menschen zu ermutigen, sich Gefangenen zu öffnen und Verbindungen aufzubauen, trotz Postzensur. Es gibt auch praktische Barrieren, wie das Finden von Namen und Adressen der Gefangenen, die durch kontinuierliche Aktualisierung von Listen und Hilfestellungen überwunden werden sollen.

Die kreative Hürde, was man schreiben soll, wird durch Kontextualisierung und Kurzporträts der Gefangenen erleichtert. Briefkontakte sollten nicht nur aus Solidarität resultieren, sondern existieren in einer Sphäre zwischen persönlich und politisch. Das Knastsystem ist Instrument einer menschenfeindlichen Gesell-

schaft, und Absicht unseres Projektes ist, die Isolation der Gefangenen zu durchbrechen. Adressen werden auf der Website zugänglich gemacht, um Barrieren abzubauen und auch Menschen anzusprechen, die nicht aus der Antirepressionsarbeit kommen, aber einen Beitrag leisten wollen.

Auf unserer Website, die sich zurzeit noch im Aufbau befindet, werdet ihr spätestens im Sommer eine Übersicht der politischen Gefangenen und ihrer Kontaktmöglichkeiten finden. Mit weiteren Informationen zur Person werden die Profile Stück für Stück gefüllt, da wir auf Rückmeldung der Gefangenen aus den JVAen warten. Außerdem beantworten wir gängige Fragen in unserem FAQ.



Schaut vorbei auf [briefe-schreiben.org](http://briefe-schreiben.org)

## Die linke Gehirnhälfte ist für Lesen und Sprache zuständig.

**Zufall?** Entdecken Sie den Freitag, und erfahren Sie alles über Politik, Wirtschaft, Kultur aus einer unkonventionellen Sicht – unangepasst, mutig und meinungsstark.

**Wir wollen bloß die Welt verändern. Lesen Sie mit.**

**3  
Ausgaben  
gratis**



Jetzt 3 Ausgaben gratis testen: [freitag.de/rotehilfe](http://freitag.de/rotehilfe) oder 040 / 23 670 4 670





## Verfahren nach § 129b gegen kurdische Aktivisten Europäischer Haftbefehl als zentrales Instrument der Repression

| Rechtshilfefonds Azadî e. V.

**K**urdische Aktivisten stellen nach wie vor die größte Einzelgruppe der politischen Gefangenen in Deutschland. Im vergangenen Jahr hat sich ihre Anzahl noch deutlich vergrößert. Als Rechtshilfefonds Azadî haben wir aktuell Kontakt zu 17 kurdischen politischen Gefangenen, die sich in Straf- oder Untersuchungshaft befinden. Grundlage aller Inhaftierungen bildet der Vorwurf der Mitgliedschaft in der in Deutschland verbotenen PKK (Partiya Karkerên Kurdistanê, dt. Arbeiter\*innenpartei Kurdistans). Die rechtliche Grundlage ist der im Jahr 2002 eingeführte § 129b StGB, der die Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung im Ausland“ unter Strafe stellt. Allen sich in deutschen Gefängnissen befindenden Aktivisten werden keine individuellen Straftaten vorgeworfen, sondern allgemeine politische und soziale Aktivitäten. Dazu gehören in der Sprache der Bundesanwaltschaft (BAW) „die Koordination von organisatorischen, personellen und öffentlichkeitswirksamen Angelegenheiten, die Planung und Durchführung von Veranstaltungen und Versammlungen sowie das Sammeln von Spenden“. Zum letzten Punkt wird oft auch nicht differenziert, ob die Sammlung der Spenden für einen konkreten humanitären Zweck erfolgte, sondern pauschal unterstellt, dass sie der PKK zugute käme.

### Europaweite Repression gegen Kurd\*innen

Eine zentrale Rolle bei der Zunahme der Anklagen und Verurteilungen auf der Grundlage des § 129b StGB wegen angeblicher Tätigkeiten für die PKK bildet der deutlich vermehrte Einsatz des europäischen Haftbefehls. Bereits im Jahr 2023 erfolgten die Auslieferungen von Sabri Çimen aus Frankreich, Mehmet Çakras aus Italien und Kenan Ayaz aus Zypern an Deutschland. Alle drei wurden mittlerweile verurteilt. Im März letzten Jahres erhielt Sabri Çimen eine Haftstrafe von drei Jahren durch ein Urteil des Oberlandesgerichts (OLG) Koblenz. Im April 2024 verurteilte das OLG Celle Mehmet Çakras zu zwei Jahren und zehn Monaten. Die höchste Strafe erhielt Kenan Ayaz mit vier Jahren und drei Monaten durch ein Urteil des OLG Hamburg im September.

Im Verlauf des Jahres 2024 erfolgten die Auslieferungen von Ferit Çelik im Juli aus Schweden, Selahattin Kaya im August aus Italien und Mehmetali Yılmaz im September aus Spanien. Ferit Çelik wurde am 12. Dezember vom OLG Koblenz zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt und befindet sich wieder auf freiem Fuß. Selahattin Kaya und Mehmetali Yılmaz sind in Untersuchungshaft in Dortmund bzw. Stuttgart und warten auf den Beginn ihrer Verfahren. Weitere Auslie-

rungsersuchen der BAW erfolgten im Mai gegen den Journalisten Serdar Karakoç in den Niederlanden und im Juni gegen die Frauenaktivistin Gülhatun Kara in Frankreich. Serdar Karakoç entzog sich der drohenden Auslieferung und zu erwartenden Verurteilung in Deutschland. Das Auslieferungsverfahren gegen Gülhatun Kara ist nach unserem Kenntnisstand noch anhängig. Sie befindet sich gegen Meldeauflagen auf freiem Fuß.

Es stellt sich die Frage, warum die deutsche Justiz in hohem Umfang Steuergelder und Personalressourcen aufwendet,

schon Gepflogenheiten auch vom türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan offiziell empfangen. Bis heute ist die Bundesregierung nicht bereit, weder auf Anfragen von Medien noch auf parlamentarische Anfragen der Partei Die Linke, über den Inhalt dieser Gespräche über Allgemeinplätze hinaus Auskunft zu geben.

### Neuverhaftungen in Deutschland

Auch außerhalb des Kontexts des europäischen Haftbefehls gab es im letzten Jahr weitere Festnahmen, Anklagen und

lungstätiger galt. Dass es seitens der Staatsanwaltschaften Bestrebungen gibt, die Messlatte für Anklagen nach § 129b immer tiefer zu hängen, zeigt die Verurteilung des im Januar 2024 festgenommenen Kurden Kadri Saka am 15. November 2024 zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung durch das OLG Hamburg. Anklagepunkte waren im Wesentlichen seine Aktivitäten im kurdischen Gesellschaftszentrum in Bremen. In einem weiteren Verfahren vor dem OLG Koblenz wurde im Dezember ein kurdischer Aktivist zu einer Strafe von einem Jahr und

### Schikanen in und nach der Haft

Der vorliegende Artikel enthält viele Fakten, aber es geht natürlich auch immer um menschliche Schicksale. Viele der kurdischen Gefangenen in Deutschland haben schon in der Türkei über Jahrzehnte für ihre politische Überzeugung in Gefängnissen gesessen. Die erneute Inhaftierung bedeutet für sie nicht nur Freiheitsentzug, sondern führt auch zu einer Retraumatisierung aufgrund der türkischen Knasterlebnisse.

Vor allem in der U-Haft ist mit dem § 129b StGB auch ein strenges Isolationsregime verbunden. Kontakt zu anderen Gefangenen wird unterbunden, und teils finden auch die Anwalt\*innengespräche nur mit Trennscheibe statt. Der Bezug von linken oder kurdischen Zeitschriften wird ebenfalls zensiert, je nach Vorgaben der jeweiligen Gefängnisleitung. Der Briefkontakt ist kompliziert und langwierig, da bislang die wenigsten Gefangenen Deutsch können und zwecks gerichtlicher Postkontrolle erst Übersetzungen angefertigt werden müssen.

Aber auch nach der Haftentlassung hören die staatlichen Schikanen nicht auf. Routinemäßig erfolgt nach der Entlassung ein Ausweisungsbescheid mit der Aufforderung, die Bundesrepublik Deutschland umgehend zu verlassen. Da eine Abschiebung in der Regel aus rechtlichen Gründen nicht durchgeführt werden kann, erlassen die Behörden andere Schikanen gegen die Entlassenen. Ihre Freizügigkeit wird auf die jeweilige Stadt oder den Landkreis beschränkt, und sie müssen sich zum Teil mehrmals die Woche bei der lokalen Polizeibehörde melden.

Natürlich laufen die oben geschilderten Strafverfahren nicht losgelöst von den außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Türkei. Bei seinem letzten Besuch in Ankara am 19. Oktober letzten Jahres verlaubliche Bundeskanzler Olaf Scholz bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan: „Unter den europäischen Ländern ist Deutschland sehr erfolgreich, wenn es etwa darum geht, Straftaten der PKK zu verfolgen. Das werden wir auch weiterhin in unserer Zusammenarbeit machen.“ Angesichts der aktuellen Entwicklungen in Syrien und spätestens, wenn es in der Türkei zu neuen Friedensverhandlungen mit dem inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan kommt, könnte sich dies als Sackgasse erweisen.

Um ein Umdenken schon vorher zu erreichen und die Kriminalisierung der kurdischen Befreiungsbewegung in Deutschland zu beenden, bedarf es vor allem der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit den § 129b-Verfahren und der Solidarität. Dies zu erreichen, sehen wir als Rechtshilfefonds Azadî weiterhin als unsere Aufgabe.



um mithilfe des europäischen Haftbefehls hier Prozesse gegen kurdische Aktivist\*innen durchzuführen, von denen allein schon durch ihre Abwesenheit keine (vermeintliche) Gefahr für die deutsche Gesellschaft ausgeht. Hintergrund bildet möglicherweise eine spektakuläre Auslandsreise des damaligen Generalbundesanwalts Peter Frank. Vom 5. bis zum 7. Juli 2022 reiste er auf Einladung seines türkischen Amtskollegen nach Ankara und Istanbul und traf dort neben Jurist\*innen auch hochrangige Politiker\*innen. In diesem Rahmen wurde der politische Beamte entgegen protokollari-

Verurteilungen gegen kurdische Aktivisten. Tahir Köçer, ehemals Ko-Vorsitzender der Konföderation kurdischer Vereine in Deutschland (KON-MED) und Mitglied des Nationalkongresses Kurdistan (KNK), wurde am 15. Februar 2024 vom OLG München zu zwei Jahren und fünf Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Noch höher fiel die Verurteilung von Ali Özel am 22. März 2024 durch das OLG Frankfurt aus. Er erhielt eine Freiheitsstrafe von vier Jahren, da er bereits 2016 wegen PKK-Mitgliedschaft vom OLG München zu drei Jahren und sechs Monaten verurteilt worden war und somit als Wiederho-

zwei Monaten auf Bewährung verurteilt. Aktuell laufen zwei Verfahren wegen angeblicher PKK-Mitgliedschaft gegen den sich in Untersuchungshaft befindenden Aktivistin Haci Atli vor dem OLG München und den sich in Freiheit befindenden Kurden Emin Bayman vor dem OLG Stuttgart. Ebenfalls in Untersuchungshaft wegen § 129b-Vorwürfen und auf die offizielle Anklageerhebung wartend befinden sich die im November letzten Jahres in Berlin und Bremen festgenommenen kurdischen Aktivisten Mehmet Karaca (JVA Moabit) und Alaaddin Altan (JVA Koblenz).

# AZADÎ

## FREIHEIT

für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

Solidarität • Öffentlichkeitsarbeit • Unterstützung

- **Informationen:**  
AZADI e.V.  
Hansaring 82, 50 670 Köln  
Tel: 0221/16 79 39 45  
Fax: 0221/16 79 39 48  
mail: azadi@t-online.de  
web: www.nadir.org/azadi

- **Spenden:**  
GLS-Bank Bochum  
BIC GENODEM1GLS  
IBAN DE80 4306 0967 8035 7826 00

## Erneute Festnahme wegen angeblicher PKK-Mitgliedschaft Kurdische Aktivistin in Untersuchungshaft

| Rechtshilfefonds Azadî e. V.

**D**ie jüngste Festnahme wegen angeblicher „Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung“ nach § 129b StGB ereignete sich am 4. Februar 2025 in Nürnberg. Die Polizei durchsuchte das dortige Medya Volkshaus sowie eine Privatwohnung und nahm die Koworsitzende des kurdischen Volksrats, Makbule K., fest.

Die Generalstaatsanwaltschaft München wirft der Kurdin vor, in den Jahren 2021 und 2022 „Frontarbeiterin“ der Arbeiter\*innenpartei Kurdistans (PKK) im Gebiet Nürnberg gewesen zu sein und sich dadurch als Mitglied einer „terroristischen“ Vereinigung im Ausland nach §§ 129a Abs. 1, 129b StGB strafbar gemacht zu haben. Noch am selben Tag wurde sie der Haftrichterin in München vorgeführt, die ihr den Haftbefehl eröffnete und Untersuchungshaft anordnete. Seitdem befindet sich die Betroffene in der Justizvollzugsanstalt (JVA) München. Das Medya Volkshaus in Nürnberg ist in den letzten Jahren wiederholt von polizeilichen Durchsuchungen betroffen gewesen. Auch am 4. Februar 2025 beschädigten die Einsatzkräfte bei ihrer Durchsuchung Türen und Einrichtungsgegenstände. Die Föderation kurdischer Vereine in Baden-Württemberg und Bayern (FED-GEL) kritisierte die Maßnahme zu Recht als politische Repressalie, die die kurdische Community kriminalisieren und einschüchtern soll.



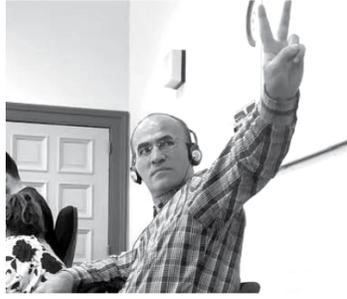
## „Erdogan müsste hier vor Gericht stehen“ Kenan Ayaz vom OLG Hamburg wegen Mitgliedschaft in der PKK verurteilt

| Solidaritätskomitee Free Kenan

Der Verfolgungswille der BRD gegen die kurdische Befreiungsbewegung reißt nicht ab.

Am 3. September 2024 wurde der kurdische Aktivist Kenan Ayaz vom Oberlandesgericht (OLG) Hamburg wegen des Vorwurfs der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ gemäß § 129b StGB zu vier Jahren und drei Monaten Haft verurteilt.

Kenan Ayaz lebte seit 2013 als anerkannter politischer Flüchtling im griechischen Teil Zyperns. Wegen seiner politischen Aktivitäten war er bereits in der Türkei insgesamt zwölf Jahre unter Anwendung von systematischer Folter in mehreren Haftanstalten interniert. Am 15. März 2023 war er aufgrund eines europäischen Haftbefehls der deutschen Behörden am Flughafen von Larnaka festgenommen worden. Der Haftbefehl gegen Kenan war im Mai 2022 und damit zwei Jahre nach den letzten „relevanten Erkenntnissen“ zu seiner Person beantragt worden – kurz vor dem NATO-Gipfel, auf dem es um die Aufnahme Schwedens und Finnlands in das Militärbündnis gehen sollte. Die Türkei hatte bekanntermaßen ihre Zustimmung zum Beitritt dieser Staa-



sich der deutschen Praxis, jegliche kurdische politische Äußerung als terroristisch zu verurteilen, nicht widersetzen will. „Immer deutlicher werden dabei vermeintliche geopolitische Interessen über Grund- und Menschenrechte gestellt, immer maßloser Menschen für ihr gewaltfreies politisches Engagement bestraft“, sagte Kenans Anwalt Stephan Kuhn dazu. In seiner langen Prozessklärung formulierte Kenan: „Ich bin kein Terrorist.“ Erdogan sei der größte Terrorist des 21. Jahrhunderts. Gemeinsam mit dem IS habe er den Nahen Osten in ein Blutbad getaucht. Erdogan müsste vor Gericht stehen. „Aber auf sein Verlangen prozessieren Sie gegen mich.“

sen wären, zog sich kontinuierlich durch den kompletten Prozess.

Die Bundesanwaltschaft forderte schließlich eine Haftstrafe von viereinhalb Jahren. Da Kenan keine individuellen Straftaten, sondern ein rein aktivistisches Engagement vorgeworfen wurde, forderte die Verteidigung hingegen einen Freispruch. Das Gericht kam der Forderung der Staatsanwaltschaft weitgehend nach.

Rechtsanwalt Kuhn kommentierte: „Das Gericht hat hier zwar von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, dass es trotz unklarer Beweislage und unter Zugrundelegung zweifelhafter geheimdienstlicher Behauptungen verurteilen wird. (...) Umso bemerkenswerter ist es, dass Kenan Ayaz bis zuletzt mit umfangreichen politischen und historischen Analysen gegen alle Versuche der Verunglimpfung und Kriminalisierung des kurdischen Freiheitskampfes ankämpfte und das historische und zeitgenössische Unrecht der Herrschenden in der Türkei und Europa schonungslos aufzeigte und benannte.“

Anfang Januar 2025 legte die Verteidigung Revision beim Bundesgerichtshof gegen das Urteil ein. Die Verteidiger\*innen Antonia von der Behrens und Ef-

## 30 Jahre PKK-Verbot in Deutschland – wen interessiert das noch?

### Die Verfolgungsrealität für kurdische Aktivist\*innen

| Rote Hilfe OG Stuttgart

Heute ist vor dem Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart wieder ein Prozesstag gegen einen kurdischen Aktivist, diesmal gegen Emin B., 70 Jahre alt. Etwas ist anders: Dieser Prozess findet nicht im neuen Gerichtsgebäude in Stammheim statt, Emin B. ist nicht in Haft, seine Frau und Genoss\*innen begleiten ihn. Trotzdem ist er nach § 129a/b angeklagt, was im Staatsschutzdeutsch „mitgliedschaftliche Betätigung in einer terroristischen Vereinigung im Ausland“ heißt; gemeint ist die Arbeiter\*innenpartei Kurdistans, die PKK.

Nur ein kleiner Prozess? Nicht so wichtig? Wir sehen es anders.

Auch mehr als 30 Jahre nach dem PKK-Verbot in Deutschland ist die Sehnsucht nach einem gerechten Leben, sind linkes Politikverständnis und Engagement nicht verschwunden. In 30 Jahren hat die Verfolgung kurdischer Aktivitäten in Deutschland nicht die gewünschte Friedhofsruhe gebracht, obwohl nichts an Kriminalisierung ausgelassen wurde.

Besonders hervorragen haben sich die OLG-Senate in Stuttgart. In einer Art Leistungsschau wurden hier in den letzten sechs Jahren in zwei Runden jeweils parallel drei verschiedene Prozesse wegen mitgliedschaftlicher Betätigung (§ 129a und b) abgewickelt. Und in jeder dieser Verfahrensrunden wurden noch mehr Aktivitäten unter das Label „Mitgliedschaft“ gepackt, wurden noch mehr Menschen ins Visier genommen.

Hatte das Bundesjustizministerium 2011 eine so genannte allgemeine Verfolgungsermächtigung erteilt, also eine Ermächtigung zur Strafverfolgung, war diese noch an bestimmte Kriterien geknüpft, was eine\*n angebliche\*n Kader auszeichne: häufiger Ortswechsel, Deckname, keine Familiengründung, klandestine Verhaltensweisen etc. Doch in den letzten Jahren wurde zunehmend mit „Einzelermächtigungen“ operiert, also der Erlaubnis des Bundesjustizministeriums, einzelne Menschen zu verfolgen, auch wenn sie nicht in dieses Raster passen.

Was so kompliziert klingt, liegt daran, dass die Bundesregierung keinerlei relevante linke oder gar revolutionäre Bestrebungen dulden will, ja nicht einmal die Auseinandersetzung damit. Deshalb – nach dem Verbot von Parolen und Emblemen 2017, dem Verbot der Buch- und Musik-Verlage 2019 etc. – jetzt dieser juristische Eiertanz darum, was alles die „Organisation stärken“ könnte und damit kriminalisierbar sein muss. Die Botschaft ist klar: Keine\*r soll sich sicher fühlen.

Zurück zum derzeitigen Prozess gegen Emin, der am 14. Oktober 2024 begann. Auch dieser Prozess beruht formal auf der Fülle nachrichtendienstlicher Informationen, die der Staatsschutz abhört, erhebt, auswertet; der § 129 – geächtet als Schnüffelparagraf – gestattet das. Am 11. Mai 2021 war Abdullah Ö. in Heilbronn verhaftet worden, angeordnet vom Bundesgerichtshof; zudem waren die Wohnungen und Fahrzeuge zweier kurdischer Aktivist\*innen in Heilbronn und Weinheim durchsucht worden. Einer der damals Betroffenen, Emin, steht nun vor Gericht.

Ebenfalls am 11. Mai 2021 war der Musiker Mazlum Dora in Esslingen verhaftet worden, ebenfalls wegen § 129a/b, weil er angeblich ab Juli 2019 für das Gebiet Heilbronn zuständig gewesen sein soll. Der Prozess gegen ihn fand schon von Februar 2022 bis April 2023 vor dem OLG Stuttgart statt. Das Urteil: drei Jahre und drei Monate. Alle seine politischen und kulturellen Aktivitäten als Musiker wurden in „mitgliedschaftliche Betätigung“ umgedeutet. Doch nicht genug! Nun muss er aus dem Knast, der Justizvollzugsanstalt (JVA) Stammheim, heraus gegen ein Ausweisungsverfahren kämpfen, denn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hatte noch vor Prozessbeginn ein asylrechtliches Rücknahmeverfahren gemäß § 73 Asylgesetz eingeleitet.

Für jede Region in Deutschland wird dieses Muster angewandt: Zunächst die Verhaftung wichtiger Personen, dann Folgeverfahren gegen weitere Betroffene, die Ausweitung der Straftatbestände und zuletzt Schikanen nach der Haft. So folgt bei Verurteilungen nach § 129a/b automatisch die Aberkennung des Asylstatus, verbunden mit einer Ausweisungsandrohung.

Kaum jemand weiß, dass aktuell 17 Menschen in deutschen Knästen in Haft sind, weil ihnen vorgeworfen wird, sich als Kurd\*innen für ein emanzipatorisches Projekt, für kurdische Interessen betätigt zu haben.

Wir können die deutsche Alltagsrealität, in der die Kriminalisierung des kurdischen wie türkischen linken Widerstands eine zentrale Rolle hat, nicht loslösen von der Funktion, die der deutsche Staat im internationalen Kräfteverhältnis einnimmt. Im Moment erinnern sich hier die Medien daran, dass im Nahen Osten eine kurdische Bevölkerung existiert, die sich mutig gegen das mörderische Treiben des „Islamischen Staats“ (IS) gestellt hatte, die den yezidischen Menschen Schutz erkämpft und in Nord-Ost-Syrien eine ermutigende Form gesellschaftlichen Zusammenlebens geschaffen hat: Menschen verschiedener Ethnien leben zusammen, tatsächliche Gleichberechtigung der Frauen\* wird praktiziert, Bildung gefördert.

Aber im neuerlichen Gerangel um politische Einflusszonen in der ganzen Region hat sich auch die Türkei starkgemacht und versucht, Forderungen für die Neugestaltung Syriens geltend zu machen. Mit militärischen Angriffen der türkischen Armee und der eng an die Türkei geknüpften Syrischen Nationalarmee auf Rojava und die kurdischen Gebiete soll die geforderte Entwaffnung der kurdischen Kräfte in Syrien schon faktisch untermauert werden. Das versteht die Türkei unter „Grenzsicherung“.

Stellen wir uns gegen das gemeinsame politische Interesse der Türkei und Deutschlands! Keine deutsche Zusammenarbeit – ob mit Geld oder Waffen!

Aufhebung des PKK-Verbots! Solidarität mit den politischen Gefangenen und Untergetauchten!

Besucht die Prozesse und schreibt den Gefangenen!



Kundgebung am Hamburger Untersuchungsgefängnis Holstenglacis, Foto: ANF

ten von der Verfolgung und Auslieferung von angeblichen PKK-Mitgliedern abhängig gemacht. Trotz vielfältiger auch internationaler Proteste, intensiver Bemühungen seiner Rechtsanwält\*innen sowie eines Hungerstreiks stimmte das zuständige Gericht einer Überstellung an Deutschland zu, sodass er schließlich Anfang Juni 2023 an die BRD überstellt und in der Untersuchungshaftanstalt Hamburg (Holstenglacis) inhaftiert wurde.

Das Verfahren gegen Kenan begann im November 2023. Ihm wurde vorgeworfen, zwischen 2018 und 2020 verschiedene „PKK-Gebiete“ in Deutschland geleitet zu haben, unter anderem auch Hamburg. Von Anfang an zeigte der Staatsschutzsenat am OLG Hamburg deutlich, dass er

Während der 40 Prozesstage wurden mehrmals Beweisanträge der Verteidigung abgelehnt, Zuschauer\*innen durch verschärfte Sicherheitsauflagen eingeschüchtert sowie mit Bußgeldern zur Ruhe befohlen, ein Befangenheitsantrag bezogen auf die Vorsitzende Richterin abgelehnt, verfälschte Übersetzungen aus Akten einer Telekommunikationsüberwachung als Beweise verwendet, eine schriftliche Befragung eines VS-Informanten abgelehnt sowie Erklärungen des Angeklagten mehrfach abgewürgt. Das Verhalten des Gerichts gegenüber der Verteidigung, sämtliche Anträge abzuschmettern, mit denen eine differenziertere Darstellung von Ereignissen und eine angemessene Verteidigung möglich gewe-

stathios C. Efstathiou erklärten dazu: „Obwohl das Gericht in seinem Urteil selbst feststellt, dass ‚eine legale pro-kurdische Politik bis heute [in der Türkei] praktisch nicht möglich‘ ist, zieht es aus dieser richtigen und wichtigen Feststellung keine Konsequenzen.“ Außerdem kündigten die beiden an, gegen die unverhältnismäßig lange, harte und weiter bestehende Untersuchungshaft vorzugehen.

Die lange Haft, der Prozess und das Urteil zeigen einmal mehr die Notwendigkeit, mit allen Mitteln für die Entkriminalisierung kurdischer politischer Betätigung, für die Aufhebung des Verbots der PKK und gegen die Inhaftierung ihrer vermeintlichen Mitglieder in der BRD und der EU einzutreten.

# Zu links für dich



Mit **ndDIGITAL** bekommst du genossenschaftlich produzierten Journalismus auf das Gerät deiner Wahl: zu jeder Zeit, von überall, in deiner Hand.

- Zugriff über die App und am Browser
- Artikel an Freund\*innen und Familie verschenken
- ohne Tracking, ohne Werbung, ohne Bullshit

# nd



DEINE ZEITUNG

dasnd.de/digitallesen





## Prozess voller Ungereimtheiten und politisch motivierter Winkelzüge

### Hohe Haftstrafen wegen Mitgliedschaft in der DHKP-C

| Henning von Stoltzenberg, Mitglied im Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.

Am 25. November 2024 fand der eineinhalb Jahre dauernde Prozess gegen Özgül Emre, İhsan Cibelik und Serkan Küpeli vor dem Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf seinen Abschluss. Laut Gericht sollen die drei linken Aktivist\*innen Führungskader der in der BRD verbotenen DHKP-C (Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi; dt. Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front) gewesen sein. Dafür verhängte das OLG mehrjährige Gefängnisstrafen wegen „Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung“ nach dem Gesinnungsparagrafen 129b StGB: Emre wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt, Cibelik zu vier Jahren und drei Monaten, während Küpeli drei Jahre und drei Monate erhielt. Die Verteidigung, die Freisprüche gefordert hatte, legte für alle drei Verurteilten Revision ein.

Die Anklage hatte den Kommunist\*innen vorgeworfen, bis zu ihrer Festnahme das „Deutschland-Komitee“ der linken Organisation gebildet und zusätzlich verschiedene Leitungsfunktionen, etwa als Regionsverantwortliche, ausgeübt zu haben. Die Journalistin Emre beispielsweise soll Jahre zuvor im zentralen Pressebüro der DHKP-C in Amsterdam gearbeitet haben. Eine Tätigkeit als Deutschland-Verantwortliche konnte ihr im Prozess nicht nachgewiesen werden.

Begründet wurde das Urteil in der üblichen Weise mit der marxistisch-leninistischen Ausrichtung der DHKP-C und mit ihrem bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat. Laut Bundesgerichtshof gebe es kein Widerstandsrecht gegen die Erdoğan-Regierung, erklärte der Vorsitzende Richter bei der Urteilsverkündung, weshalb das OLG dieser Rechtsprechung folgen müsse und wolle: Die „nichtrechtsstaatliche Ordnung“ in der Türkei müsse gewaltfrei bekämpft werden.

Den Prozess, der am 23. Juni 2023 begonnen hatte, hatten die Angeklagten in Untersuchungshaft unter erschwerten Bedingungen verbracht. Emre, Cibelik und Küpeli waren bereits Mitte Mai 2022 in Heidelberg, Bochum und Hamburg festgenommen worden. Eine lebensbedrohliche Situation bestand zwischenzeitlich für den Grup-Yorum-Sänger İhsan Cibelik, dem über einen langen Zeitraum die notwendige Krebsbehandlung verwehrt wurde. Erst durch massive Intervention und einen unbefristeten Hungerstreik von vier Aktivist\*innen wurden zunächst eine medizinische Untersuchung und schließlich eine Operation durchgesetzt.

Der gesamte Prozess beinhaltete Ungereimtheiten und politisch motivierte Winkelzüge der Anklagebehörde. So wurden den Anwalt\*innen nicht alle Prozessakten ausgehändigt, was die Verteidigung erschwerte. In diesen Akten ging es um einen Informanten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, der laut eigener Aussage von der Behörde unter Druck gesetzt und mit Abschiebung in die Türkei bedroht wurde. So hatte die Verteidigung scharf kritisiert, dass der Weg der vermeintlichen Beweismittel, die bei dem Informanten sichergestellt wurden, nicht ausschließen könne, dass zum Beispiel elektronische Datenträger manipuliert wurden.



İhsan Cibelik nach der Urteilsverkündung, Foto: Henning von Stoltzenberg

Eine weitere Methode, um die Verteidigung zu schwächen, war das Selbstleseverfahren. Ein guter Teil der Prozessakten wurde nicht im Verfahren erörtert, sondern sollte von den politischen Gefangenen selbst in Haft gelesen werden. Dabei waren die Tablets so eingestellt, dass sie sich keine Notizen für etwaige Anmerkungen machen konnten. Zudem standen nur stundenweise Übersetzer\*innen zu Verfügung.

Trotzdem ließen sich die Aktivist\*innen nicht entmutigen und führten das Verfahren von Beginn an kämpferisch. Immer wieder machten Özgül Emre, İhsan Cibelik und Serkan Küpeli in Statements deutlich, dass sie die Anklage nicht akzeptieren und sich politisch dagegen zur Wehr setzen. An vielen Prozesstagen war der Zuschauer\*innenbereich voll besetzt. Auch rigide Maßnahmen des Justizpersonals konnten Solidaritätsaktionen während der Verhandlung nicht verhindern.

Emre und Cibelik wandten sich nach der Urteilsverkündung mit kurzen Reden an die anwesenden Unterstützer\*innen. Sie erklärten, die Repression werde sie nicht brechen – es gebe ein Recht darauf, den türkischen Faschismus zu bekämpfen. Dieser werde wie andere faschistische Regime in der Geschichte fallen. Das Publikum antwortete mit kämpferischen Parolen und sang Zeilen aus einem bekannten Lied von Grup Yorum, „Haklıyız kazanaçağız“ (Wir sind im Recht, wir werden siegen).

Da Küpeli mit der zweieinhalbjährigen Untersuchungshaft bereits den Großteil seiner Strafe abgesessen hat, kam er bei der Urteilsverkündung vorläufig frei. Cibelik und Emre sind weiterhin in Köln in Haft.

## „Es zeigt sich wieder einmal, dass der Staat nichts vergisst“

### Interview mit Rechtsanwalt Lukas Theune

| 18.3.-Redaktion

Daniela Klette wurde wegen des Vorwurfs, an Aktionen der Roten Armee Fraktion (RAF) beteiligt gewesen zu sein, am 26. Februar 2024 verhaftet.

Die 18.3.-Redaktion sprach mit Lukas Theune, einem ihrer Rechtsanwält\*innen, über ihre Situation.

*Seit weit über einem Jahr ist Daniela Klette in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Vechta in Haft. Was genau wird ihr vorgeworfen?*

Es gibt zwei voneinander getrennte Ermittlungsverfahren. Im einen beschuldigt sie die Staatsanwaltschaft Verden, an 13 – zum Teil versuchten – Raubüberfällen in den Jahren 1999 bis 2016 teilgenommen zu haben. Im anderen Verfahren beschuldigt sie der Generalbundesanwalt (GBA) der Beteiligung an drei politischen Aktionen Anfang der 1990er: an einem versuchten Anschlag auf das Rechenzentrum der Deutschen Bank, an einer Aktion gegen die US-Botschaft und an der Sprengung der im Bau befindlichen JVA Weiterstadt.

Im ersteren Verfahren ist bereits Anklage erhoben: Die Hauptverhandlung wird am 25. März beginnen. Im anderen Verfahren ist immer noch keine Anklage erhoben; was der GBA da vorhat, wissen wir auch nicht.

*Wie sind Danielas derzeitige Haftbedingungen? Und wie kommt sie damit zurecht?*

Mittlerweile wieder ganz gut. Sie wird zwar immer noch schlechter behandelt als ihre Mitgefangenen, hat weniger Anschluss und darf nicht zum Sport, aber im Großen und Ganzen kommt sie gut zurecht.

**„Niemand, der als Teil der emanzipatorischen und revolutionären Linken eingesperrt wird, wird einfach wegen seiner angeblichen oder tatsächlichen Taten zur Gefangenschaft gezwungen. Wir sitzen alle aufgrund des staatlichen Willens, die Geschichte revolutionärer Kämpfe zu delegitimieren, und zur Abschreckung der Kämpfe der Zukunft im jahrelangen Elend der Gefängnisse. Das betrifft mich genauso wie Mumia Abu-Jamal und Leonard Peltier in den USA, die gefangenen Anarchist\*innen in Griechenland – Marianna, Dimitri, Nikos, Dimitra – und viele andere politische Gefangene weltweit. In diesem Sinne ist der Justizprozess gegen mich ein Prozess gegen eine emanzipatorische, linksradikale und antikapitalistische Opposition.“**

Aus dem Grußwort von Daniela Klette zur Rosa-Luxemburg-Konferenz am 11. Januar 2025

Besonders einschränkend sind tatsächlich die Besuchsverbote, die mit absurdesten Begründungen gegen gleich mehrere Menschen verhängt wurden, die sie besuchen wollten. Das nimmt ihr einfach die Möglichkeit des Austauschs mit anderen politisch Denkenden, und das fehlt ihr sehr.

*Werden ihre Post- und Telefonmöglichkeiten behindert?*

Sie darf zwar Briefe schreiben und empfangen. Alles unterliegt aber einer doppelten Postkontrolle, einmal durch das Landgericht (LG) Verden und dann durch den GBA. Dadurch verzögert sich alles sehr; eine vernünftige Kommunikation ist daher auch auf diesem Wege nicht möglich. Seit Monaten versucht sie, wenigstens eine Schreibmaschine zu erhalten, aber absurderweise wird auch das mit fadenscheinigen Argumenten immer wieder verzögert.

Aber Daniela freut sich sehr über alle Briefe, die sie erhält; die Solidarität, die sie dadurch spürt, ist auch ein Jahr nach ihrer Verhaftung ungebrochen. Mensch merkt, dass die Leistung, sich 30 Jahre dem staatlichen Zugriff zu entziehen, viele andere auch inspiriert und freut.

*Können Besuche von dir und den anderen Verteidiger\*innen ohne Einschränkungen stattfinden?*

Ja, also unsere Besuche werden nicht überwacht. Weil der Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ja bereits verjährt ist, können unsere Besuche auch – anders als beispielsweise bei Menschen mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der PKK – ohne Trennscheibe stattfinden, was super ist. Ihre Entführung aus Berlin in die Nähe der niederländischen Grenze bedeutet für uns natürlich aber immer sehr weite Fahrten.

*Vor allem in den ersten Wochen war Daniela noch weit extremen Schikanen ausgesetzt. Wie war ihre Situation im Frühjahr 2024?*

Anfangs war es wirklich heftig. Daniela meinte letztens, als sie nochmals kurz in ihre alte Zelle gebracht wurde, im Rückblick wisse sie gar nicht mehr, wie sie das ausgehalten habe. Sie wurde Tag und Nacht videoüberwacht, ihre Zelle war mit einem Lochblech so vergittert, dass kein Tageslicht herein kommt, sie durfte keinen Kontakt zu anderen Gefangenen haben und keinen Besuch. Nicht mal einen Kugelschreiber durfte sie anfangs haben, weil sie ja Capoeira kann und wer weiß was mit einem verdammten Kugelschreiber hätte anrichten können. Das war wirklich krass.

*Bei Transporten zum Beispiel zu Haftprüfungsterminen haben die Sicherheitsbehörden jeweils ein gewaltiges Spektakel veranstaltet. Was ist das Ziel solcher Inszenierungen, und womit werden sie begründet?*

Beide Gerichte – also LG Verden und Bundesgerichtshof – gehen von Fluchtgefahr aus. Besonders absurd ist das Aufgebot an schwer bewaffneten Spezialkräften, die sie bewachen, wenn sie zum Gericht gebracht wird. Bei ihrer Vorführung zur Verkündung des neuen Haftbefehls am 31. Januar in Verden war es so, dass sie nicht nur an Händen und Füßen gefesselt und mit einer kugelsicheren Weste beschwert wurde, sondern auch noch von mehreren Beamt\*innen mit Waffen bewacht wurde. Insgesamt soll so ein gefährliches Bild von unserer Mandantin vermittelt werden; irgendwie muss sich ja der irrsinnige Aufwand des Verfahrens rechtfertigen.

*Gegen Freund\*innen, die Besuchsanträge gestellt haben, und andere solidarische Menschen gab es systematische Repressalien. Welche Maßnahmen gab es – und warum?*

Also das Krasseste ist eigentlich, dass jede Person, die einen Besuchsantrag stellt, zugleich damit rechnen muss, direkt eine Zeug\*innenvorladung zu erhalten: Woher kennen Sie Frau Klette, was wussten Sie, woher kommen Sie selbst politisch und so weiter. All diese Fragen sollen natürlich abschreckend wirken und bei der Isolation unserer Mandantin helfen.

Bis heute hat die Staatsanwaltschaft allerdings nicht viel Erfolg mit dieser Strategie. Ihre Besucher\*innen lassen sich nicht abschrecken, und mehrere haben auch konsequent die Aussage verweigert.

*Ende März ist der Prozessauftritt gegen Daniela. Unter welchen Bedingungen wird er stattfinden?*

Der Prozess beginnt am 25. März im Hochsicherheitsaal beim Oberlandesgericht Celle. Dort geht es dann erst einmal um die Raubüberfälle. Dann soll im Mai der Umzug nach Verden in ein eigens für das Verfahren angemietetes Gebäude erfolgen. Hier zeigt sich wieder, welche Sonderbehandlung Daniela erhält. Es wurde auch extra für sie ein neuer Vorsitzender gesucht, der das Verfahren leiten soll. Auch der Einsatz einer teuren KI des israelischen Anbieters Cellebrite zur Auswertung der gesicherten digitalen Beweismittel ist etwas Neues.

Insgesamt werden keine Kosten und Mühen gescheut. Es zeigt sich wieder einmal, dass der Staat nichts vergisst und auch 27 Jahre nach der Auflösungserklärung die von ihm vermuteten letzten ehemaligen Mitglieder der RAF fertigmachen will mit allen Mitteln.



## Schikanen gegen den Antifaschisten Nanuk 22 Stunden Einschluss und verschwindende Briefe

| Soli-Gruppe Nanuk

Am 21. Oktober 2024 wurde Nanuk in Berlin festgenommen. Zwei Jahre war er für die Behörden nicht erreichbar gewesen. Gesucht wurde Nanuk, weil er angeblich Unterstützer der juristisch konstruierten Antifa-Ost-Vereinigung sein soll. In einem ersten Prozess im Antifa-Ost-Komplex waren vier Antifaschist\*innen im Mai 2023 zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Daneben soll sich Nanuk am Angriff auf eine Burschenschaft und die Außenstelle des Bundesgerichtshofs in Leipzig an Silvester 2018/19 beteiligt haben. Die Vorwürfe basieren allerdings al-

zwei Stunden gemeinschaftlichen Hofgang, aber keinen Auf- oder Umschluss. Die Teilnahme an allen Sport- und anderen Freizeitaktivitäten war bis Anfang Dezember untersagt. Inzwischen wurde die Teilnahme an einer Sportgruppe und am Kirchenchor bewilligt, aber oft fallen diese Stunden aus. Denn im Knast regiert die Willkür, und auch wenn eine Gruppe bewilligt wurde, heißt es nicht, dass die Schließer Nanuk auch dafür abholen. Das passiert vielmehr nur unregelmäßig. Immerhin schreibt Nanuk: „Aber Langweile kommt nicht auf, ich lese und schreibe den halben Tag.“

Deutsch ausdrücken kann. Das ist zum Überleben im Knast sehr wichtig. Der gesamte Knastalltag basiert auf einem Antragssystem, und wer sich da nicht zu rechtfindet, ist verloren. Die Kommunikation zwischen einer\*em Gefangenen und der Außenwelt, dem solidarischen Umfeld, der Familie und Freund\*innen zu erschweren – fast zu verunmöglichen – lässt sich als Versuch deuten, die Isolation, die physisch schon vorhanden ist, auch auf eine psychische, politische und emotionale Ebene tragen zu wollen. Auch bei den Besuchen ist es eindeutig, dass JVA und Landeskriminalamt ihre Macht ausüben, wo sie nur können.

Ende 2024 wurden mindestens fünf Personen aus Nanuks Familie und Umfeld per Brief darüber informiert, von Überwachungsmaßnahmen betroffen gewesen zu sein. Im Laufe des letzten Jahres wurden Telefone abgehört, E-Mail-Verkehr und Internetanschlüsse überwacht, Menschen tagtäglich observiert, Gespräche außerhalb des Wohnraums abgehört, und im Urlaub gab es unerwünschte Begleitung.

Aus einem Beschluss lässt sich auch ableiten, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz einen Teil der Observationen übernommen hat. Wie lange und in welchem Ausmaß diese Maßnahmen stattfanden, ist nicht bekannt und wird vermutlich nie bekannt werden. Die Ermittlungen gegen Nanuks Umfeld zeigen deutlich die Repressionsmechanismen und den Aufwand, den die Ermittlungsbehörden betreiben.

Diese Überwachungsmaßnahmen erinnern uns daran, dass gilt: „Getroffen hat es eine\*n, gemeint sind wir alle.“ Nanuk wird dafür beschuldigt, seine politische und antifaschistische Haltung gelebt zu haben. Die Repression hat Genoss\*innen getroffen, die sich von der zu erwartenden Repression nicht haben einschüchtern lassen, deren „Verbrechen“ es ist, Lebensabschnitte und Kämpfe mit Nanuk zu teilen, und die den politischen Kampf weiterführen und aufrecht bleiben.

In Zeiten, in denen es eine Straftat ist, Stellung gegen Nazis zu beziehen und sich mit Menschen zu solidarisieren, die sich ihre politischen Mittel nicht vorschreiben lassen, wissen wir, dass wir von diesem Staat, seinem juristischen System und dessen ausführenden Organen nichts zu erwarten haben. Nichts wird uns daran hindern, zu unseren Genoss\*innen hinter den Mauern zu stehen – egal wie viele Postkarten und Briefe nicht zugestellt werden, wie viele Besucherlaubnisse nicht bewilligt werden, wie viele Türen eingetreten werden, um Wohnungen zu durchsuchen, wie viele Zeug\*innenladungen verschickt werden. Unsere politische Haltung, unsere Solidarität werden sie nicht brechen.

Freiheit für alle Antifaschist\*innen. Glück und Kraft in Untergrund und Haft!



lein auf den Aussagen des Verräters aka Kronzeugen im Antifa-Ost-Verfahren Johannes Domhöver.

Wie es zur Festnahme von Nanuk kam, ist uns bis heute nicht bekannt. Nach der Vorführung vor dem Haftrichter in Karlsruhe sitzt er seit dem 23. Oktober 2024 in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Berlin-Moabit in Untersuchungshaft.

Seine Haftbedingungen haben sich seitdem nur geringfügig verbessert. Anfang Dezember wurde nur das zurückgenommen, was dem Knast zusätzliche Arbeit macht, wie das System „Hand zu Hand“, was bedeutete, dass er sich am Anfang nicht alleine im Gefängnis bewegen durfte. Ansonsten gibt es kaum Erleichterungen für Nanuk. Vor allem hat er weiterhin 22 Stunden Einschluss am Tag,

Schikane gehört zum Knastleben dazu, und so kriegt auch Nanuk diese zu spüren. Bis heute wurde ihm nur ein Teil der Post zugestellt. Anfänglich schien es so, als hätte die JVA Moabit die Post nicht an den Generalbundesanwalt zur obligatorischen Postkontrolle weitergeleitet; jetzt scheint es eher, als ob die Post „falsch“ weitergeleitet wurde. Dutzende Briefe, Postkarten und Solidaritätsbekundungen sind somit „verlorengegangen“. In der Zeit von seiner Festnahme bis Januar kamen nur vier an seine Mutter geschriebene Briefe an, jetzt sind noch einmal vier an Freund\*innen und Soli-Strukturen gesandte eingegangen.

Allerdings ist Nanuk bei aller Willkür insofern privilegiert, als dass er Deutsch spricht und sich vor allem schriftlich auf

## Free Hanna! Antifa bleibt notwendig – Solidarität aber auch!

| Solikreis Nürnberg

Im Februar finden alljährlich offen geschichtsrevisionistische und NS-verherrlichende Veranstaltungen im Rahmen des so genannten Tags der Ehre in Budapest statt. Neonazis und Faschist\*innen aus ganz Europa bewegen sich nahezu unbehelligt und teilweise finanziell gefördert vom ungarischen Staat durch Budapest, vernetzen sich und deuten einen missglückten und dilettantischen Ausbruchversuch SS-Angehöriger aus der von der Roten Armee eingekesselten Stadt als glorreiche Heldentat um. Seit Jahren mobilisieren jedoch auch Antifaschist\*innen nach Budapest und organisieren dort Protest und Widerstand. Im Februar 2023 kam es dabei zu körperlichen Auseinandersetzungen zwischen Antifaschist\*innen und Neonazis.

Zu den Beschuldigten gehören unter anderem zwei Nürnberger\*innen: Zaid und Hanna. Zaid stellte sich am 20. Januar 2025 gemeinsam mit sechs weiteren Antifaschist\*innen, nach knapp zwei Jahren des Entziehens, selbstbestimmt den Repressionsbehörden. Zaid ist aufgrund seiner nicht-deutschen Staatsangehörigkeit akut von einer Auslieferung nach Ungarn bedroht: Im Gegensatz zu Ungarn wurde in Deutschland kein Haftbefehl gegen ihn eröffnet. Hier soll also offensichtlich direkt der Weg zur Auslieferung freige-macht werden.

Hanna hingegen wurde bereits am 6. Mai 2024 in ihrem Zuhause, dem Nürnberger Stadtteil Gostenhof, festgenommen. Der zugrundeliegende Haftbefehl erging aufgrund des Verdachts auf Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung sowie Körperverletzung. Seitdem befindet sich Hanna in Untersuchungshaft. Der Prozess am Oberlandesgericht (OLG) München begann am 19. Februar 2025.

Dass der Budapest-Komplex vor allem durch eine kontinuierliche Eskalation seitens der Behörden gekennzeichnet ist, dürfte interessierten Antifaschist\*innen bekannt sein: Öffentlichkeitsfahndung, unzählige Hausdurchsuchungen, Observation und Überwachung, das Drangsalieren und Einschüchtern von Genoss\*innen und Angehörigen und nicht zuletzt die Auslieferung des\*der nicht-binären Antifaschist\*in Maja in das rechtsautoritäre Ungarn. Selbst bei Antifaschist\*innen, deren Glauben an den so genannten Rechtsstaat schon vorher von einer dezenten Fragilität geprägt war, haben die rechtsbeugenden Umstände sowie der Ablauf der Auslieferung an sich sämtliche Erwartungen deutlich unterboten.

Und so war es wenig verwunderlich, dass auch in Hannas Fall noch einmal kräftig ausgeholt und zu den bisher genannten Vorwürfen noch ein „versuchter Mord“ in die Anklageschrift gebastelt wurde. Absurder wird dieser Umstand nur noch dadurch, dass das OLG München in seiner eigenen Pressemitteilung zur Zulassung der Anklage darauf hinwies, dass auch eine Verurteilung wegen Körperverletzung in Betracht käme.

Warum also das ganze Spektakel? Weder dem ungarischen noch dem deutschen Staat geht es im Budapest-Komplex tatsächlich um ein paar Nazis mit Platzwunden. Es geht vielmehr darum, dass konsequenter Antifaschismus den Staat herausfordert, insbesondere dann, wenn das Sakrileg begangen wird, das so genannte Gewaltmonopol infrage zu stellen.

Dem politischen Feindstrafrecht in Form des Gummiparagrafen 129 sei es zudem gedankt, denn ohne dessen Zuhilfenahme blieben in den meisten Fällen einfache Körperverletzungsdelikte, die die beschriebene Schikane, Überwachung und monatelange Untersuchungshaft niemals rechtfertigen könnten. Der Vorwurf des versuchten Mordes ist dementsprechend nichts anderes als ein weiterer Versuch, die antifaschistische Bewegung zu delegitimieren, einzuschüchtern und breite Solidarität zu verhindern.



Gelingen wird dies nicht! Strömungsübergreifend finden kontinuierlich Veranstaltungen, Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen überall in der BRD statt. Genoss\*innen, Freund\*innen, Angehörige und Kolleg\*innen organisieren Schulter an Schulter sicht- und spürbare Solidarität. Leicht ist das oft nicht, denn auch wenn mensch die Funktion von politischer Repression versteht und erkennt, bleibt es hart, schmerzvoll und erschöpfend, diese durchzustehen. Und so haben die vergangenen zwei Jahre sowohl den Beschuldigten als auch ihrem Umfeld einiges abverlangt.

All die Erfahrungen werden Narben und Spuren hinterlassen. Doch was ist und bleiben wird, ist Solidarität. Sie trägt die Beschuldigten durch diese Zeit, gibt aber auch Genoss\*innen und Angehörigen Kraft. Gelebte Solidarität weist über das Bestehende hinaus und schafft Bündnisse, Beziehungen und Netzwerke, die stärker sind als jede Repression. Es gilt also weiterhin: Solidarität mit allen beschuldigten Antifas! Freiheit und Glück, Liebe und Kraft – in Untergrund und Haft.

- [basc.news/basc\\_de](https://basc.news/basc_de)
- [alleantifa.noblogs.org](https://alleantifa.noblogs.org)

**OO AUGEN  
AUF UND  
DURCH OO**  
**ak abonnieren**

[www.akweb.de/abo](http://www.akweb.de/abo)

Sonderheft  
gratis dazu  
bekommen\*



\*Wenn du bis 31. März ein ak Jahresabo abschließt



## (Un-)Freiheit für alle Antifas Staatliche Verfolgungswut im Budapest-Komplex

| Rote Hilfe OG Jena

**B**udapest im Februar 2023: Beim so genannten Tag der Ehre trafen sich wieder einmal – wie schon seit 1997 – Nazis aus ganz Europa, um Geschichtsrevisionismus, Wehrsport und NS-Verherrlichung zu zelebrieren. Am Rande sollen Antifaschist\*innen einige Nazis handfest konfrontiert haben, die sich später als einfache Teilnehmer und Konzertbesucher bejammerten und als unschuldige Opfer zu präsentieren versuchten. Seitdem suchen die ungarischen Behörden europaweit derzeit 19 Antifas, die sie der Taten verdächtigen und für die sie sich immer horrende Strafmaßforderungen mit bis zu 24 Jahren Haft ausdachten.

### Deutsches „Spiegelverfahren“

Parallel dazu wurde in Deutschland von den Behörden ein „Spiegelverfahren“ eröffnet, weil unter den Gesuchten in Deutschland lebende junge Menschen sein sollen. Für dieses wurden dann munter Informationen mit Ungarn ausgetauscht, die auch aus den Berichten von Johannes D. stammen dürften, der sich im Zusammenhang mit dem Antifa-Ost-Verfahren den Behörden als Kronzeuge angedient hatte.

Entsprechend der nicht rechtskräftigen Urteile des Oberlandesgerichts (OLG) Dresden und des Landgerichts Meiningen wurde auch in Budapest die Existenz einer „kriminellen Vereinigung“, abzielend auf Körperverletzungsdelikte gegen Nazis ganz allgemein, als bereits gesichert angesehen und zum Gegenstand von Verfolgung gemacht. Weitere Aussagen und vermeintliches Wissen dürften ebenfalls hin- und hergewandert sein: auch weil unter den Gesuchten Antifas sind, die schon in Dresden auf der Anklagebank saßen, oder weil es Ähnlichkeiten im Vorgehen gegeben haben soll. Ob hier eine oder gleich mehrere Vereinigungen tätig gewesen sein sollen, bleibt vorerst noch offen – ebenso wie die Frage, ob nicht doch nur Platzwunden zu einem Staatsakt aufgebauscht worden sind.

### Nacht-und-Nebel-Aktion gegen Maja

Anna, Tobi und Ilaria wurden schon im Februar 2023 in Budapest verhaftet,

andere beschuldigte Antifas blieben aber verschwunden. Maja wurde im Dezember 2023 in Berlin festgenommen und nach längerer juristischer Auseinandersetzung im Juni 2024 im Zusammenwirken zwischen Berliner und Dresdener Verfolgungsbehörden bei Nacht und Nebel nach Ungarn verbracht – mit besonderer Eile, denn eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) am nächsten Tag sollte nicht abgewartet werden. Dabei hätte es nach den Berichten aus den ungarischen Knästen, von Menschenrechtsorganisationen und von ehemalig Inhaftierten genug Grund gegeben anzunehmen, dass die niedrigen Standards und noch niedrigeren Zusagen von Ungarn nicht eingehalten werden. Das BVerfG hatte denn auch zunächst die Auslieferung aufschieben wollen, um sich für die Verfassungsbeschwerde etwas Zeit zu lassen, die am 6. Februar 2025 entsprechend deutlich ausfiel: Majas Menschenrechte wurden und werden fortdauernd verletzt.

Dass Zweifel an und Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit in politischen Verfahren in Ungarn und die Menschenrechtskonformität der (Untersuchungs-) Haftbedingungen offenkundig sind, erkannten auch Gerichte in Mailand und Paris. Sie lehnten im Fall der ebenfalls beschuldigten Antifas Gabriele und Gino (teils vorläufig) die Auslieferung ab, auch im Hinblick auf die überzogenen Strafmaßforderungen und ein wahrscheinlich nicht den grundsätzlichen Anforderungen genügendes Strafverfahren. Dieser Eindruck dürfte sich ab Ende Januar 2024, nach den ersten Prozesstagen von Anna, Tobi und Ilaria, die teils unter entwürdigenden Bedingungen unter dem Druck eines Verzichts auf ein rechtsstaatliches Verfahren stehen, noch verstärkt haben.

Auch wenn das Maja wohl vorerst nicht zurückbringen wird, sind Auswirkungen auf weitere Auslieferungsverfahren absehbar: Zu groß sind die Zweifel des Bundesverfassungsgerichts und auch weit ins bürgerliche Spektrum hinein. Mit einer anderen Stoßrichtung hatte ein paar Tage zuvor das OLG Jena am 31. Januar 2025 entschieden, Johann, der am 8. November 2024 verhaftet worden war, nicht an Ungarn zu überantworten.

Hier spielte primär die Durchsetzung eines deutschen Strafanspruchs eine Rolle, denn den Vorwürfen nach soll sich der Antifaschist neben anderen Vorwürfen an einer hiesigen kriminellen Vereinigung beteiligt haben.

### Selbstbestimmt gestellt

Diese Entwicklungen dürften vor allem für sieben weitere Antifas von Bedeutung sein, die mit EU- und nationalen

schen Knastsystem misst, wird sich noch zeigen müssen.

Klar dürfte sein, dass es Ungarn in der U-Haft darauf anlegt, Menschen zu einem Deal zu bringen und so den lästigen Schuldnachweis und das Verfahren zu umgehen. Das hatte sich, wie schon erwähnt, bei den Verfahren von Ilaria und Tobi gezeigt, und entsprechend sind die Bedingungen dort: Ungeziefere, verdorbenes Essen, Überbelegung oder Isolati-

monopols, die zentraler Aspekt der Verfolgung ist – wie Ungarn und Deutschland es ausüben und gegen wen, zeigen dabei aktuelle Nachrichten einmal mehr.

### Gemeint sind nicht nur einige

Solidarisch zu sein bedeutet also, hier vor allem den Angriff beider Staaten in ihrer übergreifenden Logik zu erkennen, die sich noch in den Mitteln unterscheidet. Einer Logik, die auf Ausgren-



Haftbefehlen gesucht wurden und die sich am 20. Januar 2025 selbst stellten. Sie zu finden hatten die Behörden zwar monatelang auch mit Observationen und Durchsuchungen, mit Spitzelfragen und Druck auf die Familien versucht, waren aber gescheitert. Nele, Paul, Luca, Moritz, Clara, Zaid und Paula gingen damit ein Risiko ein, da sie neben der Untersuchungshaft in Deutschland und dem hiesigen Verfahren nun Gefahr laufen, ebenfalls ausgeliefert zu werden. Eine Verständigung, sich einem deutschen Verfahren zu stellen, wenn auf eine Auslieferung verzichtet werde, konnte zuvor mit den zuständigen Staatsanwaltschaften nicht erreicht werden. Zugleich war es den sieben Antifas wichtig, so ihr Internet-Statement zu ihrer Entscheidung, im Bewusstsein von Solidarität und eigener Handlungsmacht diesen Schritt zu gehen, der auch eine Rückgewinnung politischer und rechtlicher Handlungsmöglichkeiten sein kann.

Dabei unterscheidet sich die Situation der Genoss\*innen: Während es für manche Auslieferungsersuchen gibt, bestehen für andere „nur“ nationale Haftbefehle meist des Bundesgerichtshofes, die dieser aufgrund dringenden Tatverdachts seitens des Generalbundesanwalts erlassen hat. Allen wird die Mitgliedschaft in einer inländischen kriminellen Vereinigung vorgeworfen, die in Budapest aktiv gewesen sein soll. Anders als bei der ebenfalls im Budapest-Komplex beschuldigten Nürnbergerin Hanna wird hier bisher nicht der Vorwurf eines Tötungsdeliktes erhoben.

### No extradition!

Besonders ist aber die Lage für Zaid: Hier kann von vornherein kein Vorrang deutscher Strafverfolgung nach § 83b IRG geltend gemacht werden, da gegen ihn in Deutschland nicht ermittelt wird. Ob das OLG Köln nun eine vertiefte Prüfung der Situation in Ungarn vornimmt, die sich auch an der weitgehenden Wertlosigkeit der ungarischen Zusicherungen und den Erfahrungen Majas im ungarischen

Knastalltag, Vorbereitung auf Prozesse und Durchsicht von Ermittlungsakten.

### Es geht um Solidarität

Was sich bisher wie ein eher nüchterner Bericht zur Chronologie der 2020er-Antifa liest, wird nun aber praktisch und tagesaktuell. Für die sieben Aktivist\*innen, die über Deutschland verteilt auf die Entscheidung anderer über ihre Zukunft warten müssen, bedeuten diese Wochen nun erst einmal deutschen Knastalltag, Vorbereitung auf Prozesse und Durchsicht von Ermittlungsakten.

„Diese Nacht wird keine kurze sein“ titelt Zerocalcare in seinem Comic über Ilarias Situation in Ungarn – etwas, das unsere Gefangenen derzeit ebenso erleben. Der Knast ist ein Nicht-Ort der Zeitlosigkeit, der Leere und ein absolutes System in jeder Hinsicht: Es soll trennen, ausliefern, kleinmachen oder brechen. Für die draußen ein Leben, für drinnen nur Stillstand, Stille und Fragen. Gegen dieses Prinzip müssen wir ankämpfen, und das Mittel ist unsere Solidarität.

Dabei geht es nicht um die Frage unserer Positionierung zu den strafrechtlichen Vorwürfen, nicht darum, eine Militanzdebatte zu führen – diese kann ohnehin nicht in den Gerichtssälen oder Besuchsräumen stattfinden. Vielmehr geht es jetzt um Solidarität. Solidarität, die daran ansetzt, dass die Genoss\*innen Teil unserer Bewegung sind, sich gerade deswegen der Repression ausgesetzt sehen und so manche\*r in Feuilleton und auf X sie deswegen gern für die Dauer ihres bisherigen Lebens im Knast sehen mag. Dass es letztlich ohnehin nur um ein paar bald verheilte Schrammen ging, die die kriegs- und vernichtungsbegeisterten Nazis erleiden mussten, spielt derzeit fast keine Rolle.

Was zählt, ist vielmehr der politische Aspekt, dass Menschen sich getraut haben könnten, Nazis anders als mit Sonntagsreden entgegenzutreten, ihrer realen Gewalt eigene entgegengesetzt haben zu können. Faktisch bleibt es die vermutete Infragestellung eines staatlichen Gewalt-

ausbeutung und fortgesetzter Herrschaft beruht, die jeden Widerstand als illegitim kriminalisiert und die Menschenrechte der Aktivist\*innen unter den Vorbehalt stellt, dass sie den Herrschaftsanspruch nicht grundsätzlich in Frage stellen. Die auch Nationalismus als Lösung ansieht, in der Nazi-Ideologien auf Unterstützung zählen können, weil sie Kontrolle, Herrschaft und Kontinuität der Verwertung ermöglichen, heute genau so wie früher.

Mag den Genoss\*innen nun schon bald auf der Basis von Normen und Normalitäten der Prozess gemacht werden, dann nehmen Staat und Nazis, zumal in Ungarn, auf der gleichen Seite Platz. In beiden Fällen geht es darum, antifaschistische Praxis ganz grundsätzlich zu bekämpfen, und zwar unabhängig davon, was geschehen sein soll. Es geht um Abschreckung und das Zurückgewinnen der Deutungshoheit über Geschichte und Zukunft, wenn einerseits „Rosen auf den Weg gestreut“ werden, andererseits Notwehr gegen Nazis mit Auslieferung ins Dunkel des ungarischen Knastsystems und Haftstrafen von über 20 Jahren bedroht wird. Schon deswegen ist es jetzt an uns allen vor den Mauern, mit denen dahinter zusammenzustehen: Gemeint sind nicht nur einige.

Es war und ist eine Stärke der sieben im Januar in Haft gegangenen Genoss\*innen zu zeigen, dass es weiterhin möglich ist, selbst zu entscheiden, wann und wie mensch sich einem Verfahren stellt oder entzieht – obwohl teils mehrere Durchsuchungen bei den Familien stattfanden, intensiv observiert wurde, der so genannte Verfassungsschutz versuchte, Quellen zu gewinnen und das Durchleuchten der Strukturen weiter anhält, gerade jetzt noch Unterstützer\*innen und andere ins Visier genommen werden.

Solidarisch zeigen kann mensch sich in den kommenden Monaten und Jahren auf viele Arten: Mit Aktionen, Besuchen, Informationen und Berichten, mit Briefen oder mit finanzieller Unterstützung der Inhaftierten und ihrer Familien, in den Medien und nicht zuletzt mit kritischer Prozessbegleitung.

Bis die Genoss\*innen wieder frei sind! Free all antifas!

## STILL ♥ ANTIFA

### SPENDENKAMPAGNE

Mit öffentlichkeitswirksamen Prozessen und hohen Strafen soll die antifaschistische Bewegung in die Knie gezwungen werden. Dabei ist eine klare Haltung gegen rechte Positionen und Akteure nötiger denn je. Die beschuldigten Aktivist\*innen stehen stellvertretend für uns alle - deshalb ist unser aller Unterstützung gefragt!

Spendet zahlreich und richtet Daueraufträge ein, um die laufenden Kosten zu decken.

SPENDENKONTO FÜR DIE  
ANTIFA-OST-PROZESSE

Rote Hilfe e.V.  
DE55 4306 0967 4007 2383 17  
BIC: GENODEM1GLS  
Verwendungszweck: unverzagt

SPENDENKONTO FÜR DIE  
BUDAPEST-PROZESSE

Rote Hilfe e.V.  
DE77 4306 0967 4007 2383 09  
BIC: GENODEM1GLS  
Verwendungszweck: Budapest



Infos unter:  
<https://rote-hilfe.de/lovingantifa>  
<https://soli-antifa-ost.org>  
<https://basc.news>





## „Diese entmenslichende Prozedur von Repression und Knast“ Majas Haftsituation in Ungarn

| Rote Hilfe OG Heidelberg/Mannheim

Am 11. Dezember 2023 wurde Maja in Berlin mit einem brutalen Polizeieinsatz verhaftet. Der Vorwurf ist, gemeinsam mit anderen Antifaschist\*innen im Februar 2023 an körperlichen Auseinandersetzungen mit Nazis in Budapest beteiligt gewesen zu sein. Der Vorfall veranlasste die ungarischen Behörden zu einer internationalen Verfolgungsoffensive bisher ungekannten Ausmaßes gegen linke Aktivist\*innen. Wie so oft bemühen die Repressionsorgane auch diesmal Konstruktionen einer „kriminellen Vereinigung“. In diesem als „Budapest-Komplex“ berühmte-berühmt gewordene Großverfahren leisten die deutschen Behörden bereitwillig und übereifrig Schützenhilfe und verbinden die EU-Haftbefehle und Auslieferungersuchen Ungarns mit ihrer eigenen Jagd auf Antifaschist\*innen.

Nach der Verhaftung im Dezember 2023 saß Maja mehr als ein halbes Jahr in der Justizvollzugsanstalt Dresden in Untersuchungshaft unter verschärften Bedingungen: Keine Beteiligung an Freizeitangeboten oder Sport, zeitweise umfassende Isolation, queerfeindliche Diskriminierung bis hin zu Angriffen.

Und vor allem war Maja stets bedroht von der Auslieferung nach Ungarn, die die Verteidigung aber juristisch zu verhindern

„In der Polizeistation wurde mir der deutsche Handschellengürtel abgenommen und stattdessen der österreichische angelegt, dazu noch Fußfesseln. Zusätzlich wurde mir eine Art ‚Sack‘ über den Kopf gezogen (...). Darüber wurde mir ein schwarzer ‚Helm‘ aus gepolstertem Stoff gestülpt (...). Daraufhin wurde ich unter der Anwendung von Schmerzgriffen in ein Auto geführt.“

Nach alptraumhafter Fahrt wurde Maja gegen 10 Uhr den ungarischen Behörden übergeben. 50 Minuten später untersagte das Bundesverfassungsgericht die Auslieferung.

Wie erwartet verstoßen die Haftbedingungen gegen so ziemlich alle internationalen Standards: Die schmutzstarrenden Zellen wimmeln von Bettwanzen und Kakerlaken, die nur zweimal täglich ausgegebenen Essensrationen sind teilweise verschimmelt, immer wieder wird der Hofgang verweigert, Freizeit- oder Sportangebote: Fehlanzeige. Erniedrigende Maßnahmen wie regelmäßige Nacktkontrollen, Rund-um-die-Uhr-Videoüberwachung und die Fesselung mit Handschellen außerhalb der Zelle stellen weitere Schikanen dar. Die Schreie von Mitgefangenen, die vom Wachpersonal misshandelt werden, machen deutlich, wie jedes Aufbegehren bestraft wird.

tet, es lähmt, erzählt, es gäbe keine Alternative dazu, es hinzunehmen, dazu, diese entmenslichende Prozedur von Repression und Knast mitzumachen.“

Doch Maja ließ sich nicht unterkriegen, sondern schaffte es, sich selbst eine Tagesstruktur zu geben durch Sportübungen, Schreiben und das Lernen von Fremdsprachen. Grußworte für die Solidaritätsbewegung draußen und Briefe an Familie und Unterstützer\*innen geben Kraft – drinnen wie draußen.

Außerdem sind vereinzelt minimale Verbesserungen bei den Haftbedingungen zu erkennen: Im Herbst wurde die ständige Kameraüberwachung eingestellt, und inzwischen kann Maja eine Stunde pro Woche am Ungarisch-Unterricht teilnehmen und dabei Mitgefangene sehen.

Doch die Rücknahme einzelner Terrormaßnahmen ändern nichts an der Gesamtsituation, die darauf ausgelegt ist, Maja zu brechen und zu einem Geständnis und Reuebekundungen zu zwingen. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft Budapest ihre Ermittlungen beendet und im Januar 2025 Anklage erhoben, wobei bis zu 24 Jahre Haft möglich sind. Wie in Ungarn üblich, war damit ein erpresserisches Deal-Angebot verbunden: Für den Fall, dass Maja ein Geständnis im gewünschten Umfang ablegt, fordert die

## Starker öffentlicher Druck gegen die Auslieferung von Gino

### Antifaschist in Frankreich in Haft

| Comité français de soutien contre l'extradition de Gino (Solikomitee gegen Ginos Auslieferung)

Unser Freund und Genosse Gino wurde am 12. November 2024 von Anti-Terror-Einheiten (SDAT) der französischen Polizei auf offener Straße festgenommen. Die Verhaftung geht laut französischen Behörden auf den von Ungarn gegen ihn ausgestellten Haftbefehl im Rahmen des Budapest-Komplexes zurück. In Reaktion auf seine Verhaftung entstand eine große Welle der Solidarität, in Frankreich wie international, aus der unser Solikomitee hervorging. Mehr als zwei Monate nach seiner Festnahme besteht weiterhin wenig Klarheit, wie sich der Fall weiterentwickeln wird.

Während in Deutschland die politische Linie des Terrorismus-Vorwurfs und die zwanghafte Auslieferung an Ungarn für die Behörden bereits festgelegt sind, zeigt Frankreich bisher wenige Anzeichen dafür, in welche Richtung sich Gericht und Politik bewegen werden. Seine Festnahme durch Anti-Terror-Einheiten hat einen ersten Akzent gesetzt, jedoch blieb die mediale Inszenierung aus.

Ein erster wichtiger Schritt vor Gericht ist bereits getan: Bei seiner letzten Anhörung hat das Gericht bekannt gegeben, dass es Gino nicht sofort ausliefern lässt. Stattdessen wurden mehr Informationen von den ungarischen Behörden angefragt, indem diese erklären müssen, wie sie Gino einen „fairen“ Prozess und menschenwürdige Haftbedingungen, trotz seiner politischen Ansichten, garantieren wollen. Die Antworten werden nun vom französischen Gericht gesichtet. Allerdings ist noch nicht klar, ob dies zu einem längeren Verfahren führen wird. Da Gino eine albanische Staatsbürgerschaft besitzt und die italienische nie erhielt, obwohl er den Großteil seines Lebens dort verbracht hat, bleibt seine Zukunft in vielerlei Hinsicht ungewiss.

Trotz seiner Haft im Gefängnis Fresnes nahe Paris ist Gino munter und freut sich riesig über die Solidarität. Das Essen ist schlecht, die Zellen sind kalt, und Bücher darf er nur auf Französisch empfangen. Er erhält viele Briefe und konnte von Freund\*innen und Familie Besuch bekommen. Er bedankt sich bei allen, die sich gegen seine Auslieferung einsetzen.



versuchte. Die katastrophalen Haftbedingungen in Ungarn und das dortige Justizsystem, das von rechtsstaatlichen Minimalstandards um Lichtjahre entfernt ist, waren durch die Erfahrungen der dort bereits inhaftierten Antifas bestätigt worden. Die Schilderungen Ilarias über die Zustände im Untersuchungsgefängnis und ihre Vorführung im Gerichtssaal – in Ketten und an einer Hundeleine – sorgten für einen internationalen Aufschrei und hielten andere Staaten von Auslieferungen ab. Zu offensichtlich war zudem in Majas Fall, dass die non-binäre Person im offen queerfeindlichen Ungarn in noch weit größerem Umfang gefährdet sein würde.

Trotzdem wurde Maja in der Nacht zum 28. Juni 2024 an Ungarn ausgeliefert. Grundlage bildete ein Urteil des Berliner Kammergerichts am Nachmittag des 27. Juni, das die Auslieferung kurzzeitig zuließ. Obwohl absehbar war, dass das per Eilklage angerufene Bundesverfassungsgericht diese Maßnahme untersagen würde, wurde Maja um 2.30 Uhr aus dem Schlaf gerissen und eine halbe Stunde später per Helikopter und Transporter über die österreichische Grenze verschleppt. In einem späteren Brief heißt es:

Und nicht zuletzt hat die deutsche Verteidigung bis heute keinen Zugang zu Maja erhalten, sondern nur der ungarische Anwalt, mit dem die Verständigung schwerfällt. Mehrfach führten die Behörden Vernehmungen ohne Rechtsbeistand durch, und Verdolmetschungen und Übersetzungen sind Mangelware. Lediglich zwei Besuche im Monat – und auch die nur mit Trennscheibe – sind erlaubt, wobei die Angehörigen oft mit Behinderungen und Schikanen zu kämpfen haben.

Vor allem aber ist Maja weitgehend in Isolation, was eine kaum erträgliche Belastung darstellt. Ein Grußwort zur Solidaritätsdemonstration am 28. September 2024 in Jena beschreibt das eindrücklich:

„Anfangs war ich geschockt, entsetzt über die hier herrschende Brutalität und Trostlosigkeit, jetzt bin ich es nur noch selten, die Kraft dazu fehlt. Die Isolation, fast 24 Stunden alleine, eine Kamera, die jede meiner Bewegungen erfasst. Täglich in Fesseln gelegt und von Kopf bis Fuß durchsucht zu werden, Beamte, die uns bloß verwalten, der fehlende Kontakt zu Menschen, die Liste ist lang ... Es ist ein Gift, das sich langsam im Körper ausbrei-

Staatsanwaltschaft „nur“ 14 Jahre Haft unter besonders strengen Haftbedingungen.

Ähnlich wie bei Ilaria, Tobi und Anna, gegen die ab Januar 2024 im Budapest-Komplex verhandelt wurde, kommt ein überlanges Gerichtsverfahren als Zusatzstrafe hinzu: Indem der Abstand zwischen zwei Verhandlungstagen jeweils ein halbes Jahr betragen kann, werden die Prozesse über Jahre oder Jahrzehnte verschleppt und die katastrophalen Bedingungen der Untersuchungshaft immer weiter verlängert.

In dieser Situation ist mehr denn je eine starke internationale Kampagne nötig, um die Situation von Maja zu verbessern, ebenso wie ganz praktische Solidarität durch Kundgebungen und Briefe. Gerade das Wissen, dass außen viele bekannte und unbekannte Menschen Maja unterstützen, helfen, den staatlichen Terror der ungarischen Haft zu überstehen.

Und vor allem dürfen wir nicht zulassen, dass noch weitere Genoss\*innen an Ungarn ausgeliefert werden: No extradition!

► Zitierte Briefe und weitere Infos: [basc.news](http://basc.news)



Foto: Jeanne Gobin

Mehr als in Deutschland ist die vergleichsweise Stärke der französischen Linken deutlich in der Soliarbeit spürbar. In unserem Solikomitee und dem Unterstützer\*innenumfeld kommen viele Gruppierungen und Einzelpersonen des gesamten linken Spektrums zusammen. Unsere Petition für Ginos Freilassung wurde von über 400 bekannten Professor\*innen, Aktivist\*innen, Politiker\*innen und einer Nobelpreisträgerin unterzeichnet. Ein Gericht hat während Ginos Anhörung den medialen Druck festgestellt, der bereits auf seinem Fall lastet.

Wir wollen erreichen, dass dieser Prozess weder zu einer bloßen Formalie für den französischen Staat wird noch in das von Ungarn und der Soko LinX inszenierte Spektakel hineinspielt. Mit öffentlichem Druck und einer klaren Haltung zur historischen und aktuellen Rolle des Antifaschismus lassen wir uns die Deutungshoheit nicht nehmen. Wir freuen uns über jede Unterstützung für Gino und alle anderen Betroffenen des Budapest-Komplexes.

Schreibt Briefe an die Gefangenen und schafft Aufmerksamkeit für ihren Fall!



### Gefangenen Info.

#### Unsere Solidarität gegen ihre Repression

Das Gefangenen Info leistet Öffentlichkeitsarbeit gegen Repression und Desinformation und bietet den politischen Gefangenen, dem Inhalt und dem Hintergrund ihrer Kämpfe eine Plattform.

Unser Ziel ist es, die staatlich verordnete Isolation zu durchbrechen, den gefangenen Genoss\*innen den Rücken zu stärken und die notwendige Kommunikation zwischen den Inhaftierten und der Bewegung draußen aufrecht zu erhalten. Mit aktuellen Artikeln zu Widerstand, Repression und Solidarität in der BRD wie international versuchen wir die Bedingungen für eine Verbindung von den Kämpfen in den Knästen mit den Kämpfen draußen zu entwickeln und auszubauen.

Weitere Infos unter [www.gefangenen.info](http://www.gefangenen.info)



# Behin betiko – ein für alle Mal!

## Kleine Fortschritte für die baskischen Gefangenen

I Uschi Grandel, Euskal Herriaren Lagunak – Freundinnen und Freunde des Baskenlands

Seit Jahrzehnten findet jedes Jahr Anfang Januar eine Großdemonstration für die baskischen politischen Gefangenen in Bilbao statt. Seither ist in der baskischen Stadt am ersten oder auch am zweiten Samstag des ersten Monats lautstark die Forderung zu hören, die Gefangenen endlich nach Hause zu holen, aus mehr als 30.000 Kehlen – in der Spitze von 120.000 Teilnehmenden. Dieses Jahr gingen am 11. Januar 67.000 Personen für die Forderung nach einer gerechten und endgültigen Lösung für die Gefangenen auf die Straße.

Organisator der Großdemonstration ist das breite Bürger\*innenrechtsbündnis Sare (dt. Netz). Ein für alle Mal sollen 2025 die letzten Reste der repressiven spanischen Sondergesetze fallen – das ist die Forderung des Netzwerks. Es habe Fortschritte gegeben, betonen die Sprecher\*innen der Demonstration, „aber viel langsamer, als wir wollten“. Fast sieben Jahre sind inzwischen vergangen, seit ETA (Euskadi ta Askatasuna; dt. Baskenland und Freiheit) ihre Selbstauflösung bekannt gegeben hatte.

Die Familienangehörigen der baskischen politischen Gefangenen bilden die Organisation Etxerat (dt. nach Hause). Ihre Bilanz von Ende 2024 zählt immer noch 122 Gefangene, drei aus politischen Gründen Deportierte und 16 Flüchtlinge.

Erfolgreich konnte in den letzten Jahren jedoch eine besonders grausame Spielart der speziellen Haftbedingungen für baskische politische Gefangene beendet werden, die „Dispersion“. In Spanien wurde die große Mehrzahl der inhaftierten baskischen Aktivist\*innen in Gefängnisse gezwungen, die hundert- te, manchmal mehr als tausend Kilometer von ihrem baskischen Heimatort entfernt waren.

Von den aktuell 122 Gefangenen sind nur noch vier in Frankreich inhaftiert, die übrigen Gefangenen sitzen in Knästen im Baskenland. Auch die vollständige Isolation der Gefangenen („1. Grad“) gehört der Vergangenheit an. 77 Gefangene sind in die nächste Kategorie „2. Grad“ eingestuft, 41 Gefangene im „3. Grad“ (Freiengang), von denen für 29 Personen Haftverleicherungen durchgesetzt werden konnten. 14 Gefangene sind trotz schwerer Krankheit inhaftiert.

In einem Interview mit der linken baskischen Zeitung GARA erläutert der Sprecher von Sare, Joseba Azkarraga, dass eine wichtige Reform der letzten Monate noch umgesetzt werden müsse: Strafen, die in anderen Ländern – vor allem in Frankreich – verbüßt wurden, dürfen nicht länger doppelt gezählt werden. „Wer entschädigt die mehr als fünfzehn Personen, deren Strafe in den letzten zehn Jahren über ihre eigentliche Strafe hinaus künstlich verlängert wurde?“, fragt Azkarraga und erklärt: „Bis heute befinden sich 52 dieser Gefangenen in der Anfangsphase ihrer Strafe im Gefängnis, ohne das Recht, entlassen zu werden oder den Freiengang zu erlangen, weil die Verbüßung der in Frankreich verhängten Strafen nicht angerechnet wurde. Viele von ihnen sind seit den ersten Jahren dieses Jahrhunderts ununterbrochen im Gefängnis.“ Azkarraga sieht das Ende der Doppelbestrafung auch als einen Schritt zur Abschaffung eines Sondergesetzes aus dem Jahre 2003, das Haftstrafen von bis zu 40 Jahren ermöglicht.

Die Situation der baskischen politischen Gefangenen ist ein zentraler Punkt im Konfliktlösungsprozess. Im zähen Kampf um die stufenweise Abschaffung der brutalen Sondergesetze darf jedoch nicht vergessen werden, „dass eine kollektive Erinnerungskultur an die Rechtsverletzungen in unserem Land auch terroristische staatliche Morde, die Praxis der Folter und Machtmissbrauch einschließen muss.“ Darauf weist Sare hin und fordert „dieselbe Anerkennung für die tausende Menschen, die gefoltert oder von Sicherheitskräften, durch Staatsterrorismus oder Faschist\*innen getötet wurden ... Diese Opfer genießen keine Anerkennung, die Taten werden verschleiert und die Täter\*innen bleiben straflos. Die Opfer aber existieren und bleiben verborgen.“

# „Der Drang nach Freiheit ist stärker als alle Knastmauern“

## Anarchistische Gefangene in Griechenland

I Ralf Dreis

Die Parole war 2024 auf vielen Demonstrationen zur Unterstützung der Kämpfe von Gefangenen zu hören. Trotzdem hat sich die Lage des inhaftierten Teils der Bevölkerung Griechenlands weiter verschlechtert. Überbelegte Knäste, fehlende ärztliche Versorgung, teilweise keine Heizung, kein warmes oder stundenweise überhaupt kein Wasser, schikanöse Behandlung, Verweigerung von Hafturlaub und Vertagung als Rache gegen widerständige Gefangene. Politische Gefangene sollen gebrochen werden und ihren Überzeugungen abschwören.

Póla Roupa und Níkos Maziótis wurden als Mitglieder der Guerillaorganisation Epanastatikós Agónas (Revolutionärer Kampf) inhaftiert und zu 20-jährigen Haftstrafen verurteilt. Póla Roupa wurde im November 2023 nach 12 Jahren Haft mit restriktiven Auflagen bis 2032 auf Bewährung entlassen. Dagegen legte die Staatsanwaltschaft Einspruch ein und forderte ihre erneute Inhaftierung. Seit Januar 2024 wird vor dem Gericht in Chalkída darüber verhandelt, ob sie in Freiheit bleiben wird.

Níkos Maziótis hat real 14 Jahre Haft bzw. 16 Jahre gemischt (Arbeitstage gelten doppelt) verbüßt. Die vorgesehenen drei Fünftel der Strafe bis zur Entlassung auf Bewährung sind also längst übererfüllt. Trotzdem wurde ihm in den letzten Jahren sechsmal die Entlassung verweigert, weil er „keine Reue“ zeige. Im Februar 2025 soll sowohl über den Einspruch gegen die Freilassung von Roupa als auch über den siebten Antrag auf Entlassung von Maziótis entschieden werden. Die beiden haben einen Sohn zusammen.

Dimitris Koufontínas befindet sich seit 23 Jahren in Haft. Dem ehemaligen Mitglied der 2002 zerschlagenen Guerillaorganisation 17. November wurden vor der Regierungsübernahme der reaktionären Néa Dimokratía unter Ministerpräsident Kyriákos Mitsotákis 2019 schon sechs Hafturlaube ohne Beanstandung genehmigt. Nach einer Gesetzesänderung 2021 werden ihm aus Gründen der Rache (ein Opfer des 17. November war der Schwager von Mitsotákis) weitere Hafturlaube verweigert. Eine Entlassung auf Bewährung ist in weite Ferne gerückt.

Die ablehnende Begründung des Disziplinarrats des Hochsicherheitsgefängnisses Domokós vom November 2024 war perfide. Da „der Inhaftierte Texte im Internet veröffentlicht und sich darin als politischen Gefangenen bezeichnet“, übe er einen schlechten Einfluss auf diejenigen aus, die ihn durch Demonstrationen unterstützen und dabei Straftaten begehen. Aufgrund dieser Interaktion sei auch die Begehung von Straftaten während eines

Hafturlaubs nicht ausgeschlossen. Koufontínas wird also als Stichwortgeber für Straftaten außerhalb des Gefängnisses verantwortlich gemacht sowie als potenzieller Täter gesehen, da er sich politisch äußert.

In Untersuchungshaft sitzen Anarchist\*innen des Falles Ampelókypoi. Am Abend des 31. Oktober 2024 war ein Sprengsatz in den Händen des 36-jährigen Kyriákos Xymítiris explodiert. Der Aktivist der anarchistischen Bewegung war sofort tot. Seine Genossin, die 33-jährige Mariána Manoúra, wurde schwer verletzt aus der völlig zerstörten Wohnung im Athener Stadtteil Ampelókypoi geborgen, notoperiert und ohne ausreichende ärztliche Versorgung in Untersuchungshaft genommen.

Schnell war von der „Zerschlagung der neuen Terrororganisation“ die Rede. Einer Organisation, von der es allerdings weder einen Namen noch Erklärungen noch Anschläge, geschweige denn Mitglieder gibt. Und da eine terroristische Vereinigung in Griechenland mindestens dreier Personen bedarf, geht es für die Verfolgungsbehörden darum, diese fehlenden Mitglieder zu (er)finden.

Zwei Tage nach der Explosion wurde gegen den 31-jährigen Dimitris Papatanasíou, weitere zwei Tage später gegen die 30-jährige Dímitra Zaraféta U-Haft verhängt. Das mit Xymítiris und Manoúra befreundete Paar hatte den beiden die Schlüssel zur Wohnung in Ampelókypoi von einem Freund besorgt. Nach Bekanntwerden der Explosion hatten sie sich mit den Behörden in Verbindung gesetzt, wofür die 30-Jährige aus der Schweiz anreiste, wo sie an der Universität Bern an ihrer Doktorarbeit schrieb. Sie bestreiten, etwas mit den ihnen zur Last gelegten Vorwürfen wie Waffenbesitz, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, Herbeiführung einer Bombenexplosion u. a. zu tun zu haben. Sie verbinde einzig eine persönliche und politische Freundschaft mit Manoúra und Xymítiris.

Die Anwältin Zarafétas, Anny Paparoussou, betonte gegenüber der Presse am 8. November 2024: „Es handelt sich hier um eine willkürliche Verfolgung mit dem Ziel, das Terrorszenario zu stützen. Die Beschuldigung der Bildung und der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung kann nicht aufrecht erhalten werden ohne die Beschreibung und Zuordnung bestimmter Taten. Die Unbestimmtheit des § 187A (terroristische Vereinigung) darf nicht der Vorwand für Verfolgung ohne Grund sein.“

Hinzu kommt der übliche Verdächtige – Níkos Romanós. Am 18. November 2024 kam der bekannte Anarchist in Untersuchungshaft. Die „Antiterrorspezia-

list\*innen“ der Polizei wollen einen Fingerabdruck von ihm auf einer Plastiktüte in der zerstörten Wohnung gefunden haben. Der 31-jährige Níkos Romanós war der beste Freund des 2008 von der Polizei ermordeten 16-jährigen Aléxis Grigorópoulos, der in seinen Armen starb. Auf den Mord folgte ein sozialer Aufstand ungekannten Ausmaßes. Teile der griechischen Jugend radikalisierten sich, besetzten Häuser, gründeten Kollektive und eine unüberschaubare Anzahl offener und klandestiner Gruppen.

Mit drei Genossen wurde Romanós 2013 nach einem gescheiterten Banküberfall zur Finanzierung der Bewegung verhaftet und gefoltert. Im Prozess wurde er wegen des Banküberfalls verurteilt, von der Mitgliedschaft in der bewaffneten Organisation Synomosía Pyrínon tis Fotiás (Verschwörung der Feuerzellen) jedoch freigesprochen. Mit einem Hungerstreik und Unterstützung einer breiten Solidaritätsbewegung erstritt er sich 2015 das Recht, in der Haft zu studieren. Nach dem mit Auszeichnung beendeten Studium wurde er 2019 auf Bewährung entlassen. Da er kurz vor dem Ablauf seiner Bewährungsfrist stand, gehen viele Teile der Öffentlichkeit davon aus, dass der Fund des Fingerabdrucks ein Polizeikonstrukt ist.

In einer Erklärung betonte Romanós, dass er keine\*n einzige\*n seiner Mitbeschuldigten kenne und nichts mit dem Fall zu tun habe. Er habe immer die Verantwortung für von ihm begangene Taten übernommen und würde dies selbstverständlich auch heute tun, wenn er etwas damit zu tun hätte. „Sowohl die tatsächlichen Umstände des Falls, als auch mein Charakter und meine persönlichen Lebensumstände beweisen, dass ich ohne jeden Zweifel vor Gericht erscheinen und mich dessen Urteil stellen werde (...), da ich nur so meine Unschuld beweisen kann.“

Anarchist\*innen, Gewerkschaften, studentische Gruppen, Politiker\*innen von Syriza, Mera 25, Neue Linke, Fanclubs von Fußballvereinen und Uniprofessor\*innen haben sich im Solidaritätskomitee Níkos Romanós zusammengeschlossen. Sie rufen auf, „in der Jugend, der Arbeiter\*innenbewegung und der ganzen Bevölkerung eine Diskussion über den Charakter und die Ziele der Terrorgesetzgebung zu führen. Denn diese Gesetze greifen direkt demokratische Rechte und Freiheiten an, weshalb es darum geht, organisiert für ihre Abschaffung zu kämpfen.“

Seit 30. November 2024 sitzt ein weiterer Aktivist der anarchistischen Bewegung, ebenfalls wegen eines angeblichen Fingerabdrucks auf einer Plastiktüte aus der Wohnung, in U-Haft. Diese kann 18 Monate dauern.

**ZWISCHEN ALLEN STÜHLEN**  
jungle.world

**Friede den Barhockern, Krieg den Chefesseln!**  
Wir sägen gern an jedem Thron. Aber linke Kritik heißt für uns, dass wir auch den autoritären und regressiven linken Platanenweisern den Stuhl vor die Tür stellen.

**Jungle World – Kritik, die sitzt.**  
jungle.world/abo

# Solidarität

Die Rote Hilfe e.V. unterstützt alle, die für eine bessere und gerechtere Welt kämpfen.

Mit einer Berücksichtigung der Roten Hilfe e.V. in deinem Testament kannst du Solidarität mit denen leisten, die diese Ideale und Kämpfe weiterführen. Bitte melde Dich bei uns, wenn Du an diesem Thema interessiert bist und den Bestand der Roten Hilfe e.V. mit einem Vermächtnis unterstützen willst.

nachlass@rote-hilfe.de  
Rote Hilfe e.V. – Postfach 3255  
37022 Göttingen  
Tel.: +49 (0)551 – 7 70 80 08



**WENN DIE COPS PLÖTZLICH VOR DER WOHNUMG STEREN – KEINE PANIK!**  
**CHECKLISTE HAUSDURCHSUCHUNG**

**HAUSDURCHSUCHUNG? ABER DOCH NICHT BEI MIR!**

**Checkliste Hausdurchsuchung Plakat DIN A3, farbig**  
erhältlich beim Literaturvertrieb der Roten Hilfe e.V.  
literaturvertrieb@rote-hilfe.de



# Systematische Menschenrechtsverletzungen und Isolation

## Politische Gefangene in der Türkei

| Vereinigung der Rechtsanwält\*innen für die Freiheit (ÖHD)

In der Türkei verschlechtern sich parallel zum allgemeinen Rückgang der Demokratie auch die Bedingungen in den Gefängnissen. Gefängnisse sind Schauplatz systematischer und weit verbreiteter Verstöße gegen die Rechte der Gefangenen: von den physischen Bedingungen, unter denen politische Gefangene inhaftiert werden, über die Durchsetzung eines verschärften Strafvollzugsregimes, das zur Normalität gemacht werden soll, bis hin zur Einschränkung von Sozialkontakten zwischen den Gefangenen sowie der Rechte auf Familien- und Anwält\*innenbesuche. Es wurde beobachtet, dass Gefangene willkürlichen und rechtswidrigen Disziplinarstrafen ausgesetzt sind.

Besonders hervorzuheben sind die Verletzungen des Diskriminierungsverbots und des Gleichheitsgrundsatzes gegenüber politischen Gefangenen. Die Situation von kranken Gefangenen stellt eines der gravierendsten Probleme des türkischen Strafvollzugssystems dar. Ihnen wird ihr Recht auf Zugang zur Gesundheitsversorgung systematisch verweigert. Beispiele hierfür sind der Transport in Einzelhaftwagen zu Krankenhäusern, die Untersuchung in Fesseln, die Durchsuchung des Mundraums, verspätete oder gar nicht erfolgte Überweisungen in Krankenhäuser sowie die unzureichende Zahl von Gesundheitspersonal in den Gefängnissen, was zu einer Verletzung des Rechts auf Leben führen kann. Schwerkranke Gefangene werden trotz aller Bemühungen und Anträge nicht entlassen. Viele sterben folglich entweder im Gefängnis oder später zu Hause, weil ihre Freilassung zu spät erfolgt und ihr Krankheitszustand unumkehrbar vorangeschritten ist. Während der Staat seine Begnadigungsbefugnis auf andere Gefangene anwendet, erfolgt dies bei kurdischen Gefangenen unter gleichen oder sogar schwereren Bedingungen nicht. Solche Praktiken, die zur Folter werden, dienen der politischen Strategie des Staates gegenüber politischen Gefangenen.

### Politische Willkür in türkischen Gefängnissen

Mit der am 1. Januar 2021 in Kraft getretenen „Verordnung über die Beobachtungs- und Klassifizierungszentren und die Bewertung von Verurteilten“ wurden neue Kriterien für die Feststellung einer guten Führung bei Anwendungen wie bedingter Entlassung oder Bewährung eingeführt. Sie sollten sich zugunsten der Gefangenen auswirken, aber es wurde beobachtet, dass die Entlassung vieler politischer Gefangener hiermit verhindert wird. Subjektive Bewertungen und willkürliche Verwaltungsprozesse verletzen weiterhin das Recht auf rechtliche Sicherheit, und Anträge auf bedingte Entlassung werden häufig abgelehnt.

Fragen und Aussagen wie „Ist die PKK eine Terrororganisation?“, „Was denken Sie über Abdullah Öcalan?“ oder „Wir

wissen, dass Sie sich nach Ihrer Entlassung der Organisation anschließen werden“ sollen die Gefangenen zu einer Antwort bewegen. Schweigen oder die Erklärung, dass solche Fragen rechtlich unzulässig seien, werden von der Verwaltung negativ bewertet. Zudem werden politische Gefangene mit Forderungen wie der nach Abgabe von Reueerklärungen oder Unterbringung in separaten Zellen konfrontiert.

Häufig genannte Gründe in den Entscheidungen der Verwaltungs- und Beobachtungskommissionen sind unter anderem, dass Gefangene zu wenig Wasser oder Strom in ihren Zellen einsparen, zuvor Disziplinarstrafen erhalten haben, nicht genügend Bücher aus der staatlich gestellten Gefängnisbibliothek gelesen haben, ihre Briefe als „problematisch“ eingestuft wurden, dass sie den Vollzugsbeamt\*innen nicht genügend Unterstützung gewährt oder ein distanzierendes Verhältnis zum Personal gezeigt hätten. Solche rechtlich nicht legitimen Begründungen führen dazu, dass das Recht auf eine bedingte frühzeitige Entlassung politischer Gefangener systematisch verweigert wird.

Wenn bei der Bewertung eines Falls festgestellt wird, dass eine verschärfte lebenslange Freiheitsstrafe rechtlich oder faktisch nicht verkürzt werden kann und eine Person dadurch jeglicher Hoffnung auf eine zukünftige Freilassung beraubt wird, sodass sie bis zu ihrem Tod in Haft verbleiben muss, verstößt dies gegen Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der das Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe regelt. Dennoch wird vielen politischen kurdischen Gefangenen, die teilweise seit über 30 Jahren in Haft sind, das Recht auf eine bedingte Entlassung verweigert. Sowohl die Kommissionen als auch das gesamte Justizsystem wenden Praktiken an, die lediglich auf politische Gefangene abzielen und bei anderen Straftäter\*innen nicht zum Einsatz kommen. Dies verstößt gegen das Diskriminierungsverbot, den Gleichheitsgrundsatz sowie das Recht auf Freiheit und Sicherheit in der Türkei.

### Ein neuer Typus Gefängnis

Darüber hinaus hat der türkische Staat in den letzten Jahren neue Gefängnistypen wie den S- und Y-Typ eröffnet und die Zahl der Hochsicherheitsgefängnisse erhöht. Die Isolationsbedingungen in diesen Haftanstalten, die physische, soziale und psychologische Grundbedürfnisse der Gefangenen ignorieren, berauben die Insass\*innen grundlegender Rechte wie des Sicherheitsgefühls, der Solidarität und des Teilens. Deshalb ist es dringend erforderlich, den Bau solcher Gefängnismodelle zu stoppen und bestehende Einrichtungen zu schließen.

Nach Informationen der Gefangenen hat es in letzter Zeit auch viele Verlegungen gegeben. Das macht Besuche von

Familienangehörigen und nahestehenden Personen schwieriger und gefährlich, insbesondere aufgrund der langen Wege und damit verbundener Risiken. Die Gefangenen verlieren dadurch faktisch auch das Recht auf Kommunikation mit ihren in der Stadt ihres Prozesses ansässigen Anwält\*innen, was das Recht der Gefangenen auf Zugang zu rechtlicher Unterstützung verletzt. Diese Praxis verstößt sowohl gegen nationale Gesetze als auch gegen internationales Recht.

Darüber hinaus stehen seit längerer Zeit Familien, Vormünder, Anwält\*innen und nahe Angehörige von Gefangenen unter gerichtlichem Druck, wenn sie Geld an Gefangene überweisen. Personen werden inhaftiert, Verfahren gegen sie eröffnet, Strafen verhängt und Verhaftungen mit der Anschuldigung der „Terrorfinanzierung“ vorgenommen. Diese Maßnahmen gegen die Angehörigen machen es den Inhaftierten unmöglich, ihre grundlegenden Bedürfnisse zu decken, was sowohl physische als auch psychische Probleme nach sich zieht. Die Auswirkungen auf die Betroffenen selbst sind ebenfalls gravierend: Sie verlieren ihre Arbeitsplätze, werden ihrer Freiheit beraubt und erleiden dadurch auch sozial erheblichen Schaden.

In letzter Zeit haben auch die Einschränkungen des Briefverkehrs sowie das Verschwinden von Briefen zugenommen. Dies stellt eine Verletzung des Rechts der Gefangenen auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens sowie ihres Kommunikationsrechts dar und verstärkt die Isolation. Briefe zwischen Gefangenen und ihren Familien werden ohne Angabe von Gründen zurückgehalten. Besonders auffällig ist, dass kurdische Briefe, sei es von den oder an die Gefangenen, häufig blockiert werden, was zeigt, dass die Diskriminierung der kurdischen Sprache auch innerhalb der Gefängnisse fortgesetzt wird.

Ebenso werden Zeitungen, Zeitschriften und andere Publikationen oft willkürlich von den Gefängnisverwaltungen verboten. Die Gefangenen können ihre durch internationale Abkommen und die Verfassung garantierten Rechte auf Meinungs- und Pressefreiheit nicht in vollem Umfang nutzen. Einschränkungen bei Büchern und das Verbot von Zeitungen und Zeitschriften bestehen bereits seit langer Zeit.

Die Vereinigung der Rechtsanwält\*innen für die Freiheit (Özgürlük İçin Hukukçular Derneği, ÖHD) hatte im Jahr 2024 Besuche und Gespräche in 91 Gefängnissen durchgeführt und daraus einen Bericht über allgemeine Rechtsverletzungen erstellt. Trotz der intensiven Menschenrechtsverletzungen setzen sich der Widerstand und der juristische Kampf der politischen Gefangenen fort. Wir werden weiterhin für die Unterstützung durch die demokratische Öffentlichkeit eintreten und internationale Mechanismen mobilisieren, um gegen diese Verletzungen vorzugehen.

# Das Recht auf Hoffnung als Grundlage für Frieden

## Freiheit für Abdullah Öcalan!

| MAF-DAD – Verein für Demokratie und internationales Recht e. V.

In einer Zeit von Krieg und Unsicherheiten wecken die aktuellen Gespräche mit Abdullah Öcalan und die Forderung nach seiner Freilassung neue Hoffnung.

Seit Jahrzehnten fordern Aktivist\*innen die Beendigung seiner Isolationshaft. Für Millionen Kurd\*innen ist Öcalan nicht nur ein Repräsentant, sondern auch ein Symbol für ihre Hoffnungen auf eine gerechtere Zukunft. Dabei spielt das so genannte Recht auf Hoffnung eine zentrale Rolle. Dieses menschenrechtliche Prinzip verlangt, dass jeder Mensch eine Perspektive auf Freilassung haben muss. Für lebenslange Haftstrafen bedeutet dies eine erneute Überprüfung der Haft spätestens nach 25 Jahren – frei von Diskriminierung und Willkür.

Das Recht auf Hoffnung hat im Fall Abdullah Öcalan eine weitere Dimension: Es geht um die Hoffnung eines ganzen Volkes auf Frieden und Gerechtigkeit. Seine Freilassung hätte eine weitreichendere Bedeutung, da sie den Weg für Dialog ebnet und ein starkes Zeichen für eine gerechtere und friedlichere Zukunft in der Region setzen könnte.

### 25 Jahre Isolation – ein Symbol der Unterdrückung

Abdullah Öcalan, Mitbegründer der Arbeiter\*innenpartei Kurdistans (PKK), wird seit 1999 auf der Gefängnisinsel İmralı unter menschenfeindlichen Bedingungen festgehalten. Der türkische Staat nutzt seine Isolation, um die kurdische Befreiungsbewegung zu schwächen und ein Exempel zu statuieren. Öcalans Inhaftierung und der weitgehende Ausschluss von Anwält\*innen, Familie und Öffentlichkeit verstößen gegen internationale Menschenrechtsstandards. Amnesty International und andere Organisationen haben diese Haftbedingungen als unmenschlich und folterähnlich verurteilt.



Auf der Demonstration „Die Zeit ist reif – Freiheit für Abdullah Öcalan“ am 16.11.2024 in Köln, Foto: ANF

### Politische Dimensionen und Hoffnung auf Frieden

Trotz der Haft bleibt Öcalan ein zentraler Akteur der kurdischen Bewegung. Seine Ideen des Demokratischen Konföderalismus und seine wiederholten Aufrufe zu einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage inspirieren Millionen. Gleichzeitig nutzt die türkische Regierung seine Gefangenschaft, um die kurdische Bevölkerung politisch und gesellschaftlich zu unterdrücken. In diesem Kontext erscheint das Recht auf Hoffnung nicht nur als juristisches Prinzip, sondern als Basis für mögliche Friedensverhandlungen.

### Solidarität als Schlüssel zur Veränderung

Die Forderung nach Öcalans Freilassung ist eine globale Bewegung. In Europa und weltweit mobilisieren Menschen für seine Freiheit und setzen sich, inspiriert von seinen Ideen, für die Rechte unterdrückter Völker ein. Doch Solidarität bedeutet auch, aktiv zu werden: durch die Unterstützung von Petitionen, die Teilnahme an Demonstrationen oder die Verbreitung von Informationen über seine Situation. Jeder Schritt zählt, um das Recht auf Hoffnung zu verteidigen und Frieden zu fördern.

### Ein Appell an die Menschlichkeit

Abdullah Öcalans Isolation ist eine Verletzung grundlegender Menschenrechte und ein Angriff auf die Hoffnung auf Frieden. Seine Freilassung könnte einen entscheidenden Impuls für Dialog und Versöhnung geben. Indem wir für sein Recht auf Hoffnung eintreten, setzen wir ein Zeichen für Gerechtigkeit und eine Welt, in der politische Unterdrückung keinen Platz mehr hat.

Infomaterial der Roten Hilfe e.V. zu verschiedenen Themen, Rechtshilfetipps in verschiedenen Sprachen und vieles mehr zum Download unter: <https://rote-hilfe.de/material>  
 Ausgaben der RHZ (Rote Hilfe Zeitung) unter: <https://rote-hilfe.de/rote-hilfe-zeitung>

## Was tun wenn's brennt?

**Ab jetzt kein Wort mehr!**

Keine Aussagen bei Polizei und Staatsanwaltschaft!  
 Keine Zusammenarbeit mit den staatlichen Repressionsorganen!

ROTE HILFE E.V.  
 Bundesgeschäftsstelle,  
 Postfach 3255, 37022 Göttingen  
 bundesvorstand@rote-hilfe.de  
 www.rote-hilfe.de

[www.rote-hilfe.de](http://www.rote-hilfe.de) ☆ [www.aussageverweigerung.info](http://www.aussageverweigerung.info)



## Die Gefängnisse sind weiterhin voll Politische Gefangene in Belarus

| Rote Hilfe OG Landshut

**B**elarus gehört weltweit zu den Ländern mit den meisten politischen Gefangenen im Verhältnis zur Zahl seiner Einwohner\*innen. Der ganz überwiegende Teil von ihnen wurde im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Präsidentschaftswahlen im Jahre 2020 verhaftet, bei denen Alexander Lukaschenko nach offiziellen Angaben 80 % der Stimmen erhielt und damit zum sechsten Mal Präsident von Belarus wurde. Damals kam es vor, während und nach der Wahl zu Massenprotesten, bei denen die Wahl als gefälscht bezeichnet und die Demission Lukaschenkos gefordert wurde. Die belarussische Polizei ging brutal gegen die Protestierenden vor, wobei mindestens zwei Menschen getötet, zahllose verletzt und mehr als 6.000 verhaftet wurden. Weil viele der Festgenommenen zu langen Haftstrafen verurteilt wurden, zählten Menschenrechtsorganisationen noch Anfang 2024 rund 1.400 politische Gefangene in belarussischen Gefängnissen und Straflagern.

Im Verlauf des letzten Jahres kam es dann zu teilweise überraschenden Begnadigungen und Freilassungen vor allem kranker und älterer Inhaftierter. Allgemein wurde dies als taktische Maßnahme im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl zu Beginn dieses Jahres gewertet, um der Opposition im Falle erneuter Proteste etwas den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ende Januar 2025 zählte die belarussische Menschenrechtsorganisation Wjasna (dt. Frühling) aber immer noch 1244 politische Gefangene. Sie sind landesweit verteilt auf über 40 Untersuchungsgefängnisse, Vollzugsknäste und Straflagern. Die meisten politischen Gefangenen gibt es in den Straflagern der Großstädte Gomel (115), Mahilioŭ (105) und Wizebsk (88), die sich alle im Osten von Belarus nahe der russischen Grenze befinden.

Unter den politischen Gefangenen in Belarus sind auch viele sich als antifaschistisch und/oder anarchistisch bezeichnende Aktivist\*innen, deren Fälle das Anarchist Black Cross (ABC) Belarus laufend online dokumentiert. Manche von ihnen werden dabei als Einzelfälle geführt, die meisten aber den vier folgenden Komplexen zugeordnet.

Erstens die vier Langzeit-Gefangenen des „Partisanen“- oder „Schwarze Fahne“-Komplexes, Dmitry Rezanovich, Dmitry Dubovsky, Igor Olinevich und Sergey Romanov. Sie wurden am 29. Oktober 2020 verhaftet und anschließend wegen Terrorismus, Sabotage, Brandstiftung und Waffenbesitzes zu jeweils etwa 20-jährigen Haftstrafen verurteilt. Manche Tatvorwürfe reichen weit vor die Proteste von 2020 zurück. Ihre Entlassungen sind erst für 2039 bis 2042 geplant.

Zweitens die vier Gefangenen des Antifa-Komplexes: Deniz Boltut, Vitaly Shishlov, Tamaz Pipiya und Timur Pipiya. Sie wurden am 25. September 2020 bei Protesten gegen die Präsidentschaftswahl festgenommen und wegen Angriffs auf Polizeikräfte zu Haftstrafen von jeweils etwa sechs Jahren verurteilt. Ihre Entlassung ist für 2026 angekündigt.

Drittens die drei Gefangenen des „Pramen“-Komplexes: Aleksandr Belov, Evgeny Rubashko und Artem D. Solovey wurden im Juli und August 2021 festgenommen und wegen Teilnahme an den Protesten von 2020 sowie wegen Mitgliedschaft in einer extremistischen Organisation zu jeweils fünf Jahren verurteilt. Während sie noch rund ein Jahr Haft verbüßen müssen, kam ein anderer des ursprünglichen Quartetts, Artsiom Solovey, bereits letzten Sommer durch Begnadigung frei.

Viertens neun Gefangene, die von den belarussischen Behörden einer von ihr konstruierten „internationalen kriminellen anarchistischen Organisation“ zugeordnet wurden. Allesamt 2021 verhaftet, wurden sie zu Haftstrafen von fünf bis 18 Jahren verurteilt. Drei von ihnen sollen im Frühjahr 2025 entlassen werden.

Nicht nur die hier aufgeführten anarchistischen und antifaschistischen Gefangenen berichten von Folter und unglaublich harten und schikanösen Haftbedingungen. Auch politisch eher dem liberal-westlichen und prokapitalistischen Spektrum zuzuordnende oppositionelle Gefangene erleben Isolation, Folter und immer wieder auch die Versagung dringender medizinischer Versorgung, was bereits in einigen Fällen zum Tode führte.

Welche Hoffnung gibt es für politische Gefangene in Belarus?

Nach der Präsidentschaftswahl am 26. Januar 2025, bei der nach offiziellen Angaben 86,7 % für Lukaschenko stimmten, scheint das autokratische Regime sehr gefestigt. Auch wenn dieser Prozentwert durch Manipulationen vor und während der Wahl zustande gekommen und damit deutlich übertrieben sein dürfte – der nun schon seit 1994 regierende Lukaschenko genießt in weiten Teilen der Bevölkerung, vor allem bei Rentner\*innen, Menschen auf dem Land und in staatsnahen Unternehmen viel Sympathie. Sie halten ihm zugute, in Zeiten zunehmender Krisen und Kriege, auch in der direkten Nachbar\*innenschaft, für Stabilität und soziale Sicherheit zu sorgen. Dieser Rückhalt und eine extrem geschwächte Opposition legen die Vermutung nahe, dass der heute 70-jährige rüstige Dauerpräsident noch einige Zeit am Ruder bleiben könnte. Politische Gefangene könnten folglich ihre Haftstrafen vollumfänglich und unter weiter extrem harten Bedingungen absitzen müssen.

► abc-belarus.org ► prisoners.springg6.org

Silke Makowski

### „Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“

Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933

Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe Band I Gegen den Strom München DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro, ISBN 3-9809970-4-9

erhältlich beim Literaturvertrieb der Rote Hilfe e.V. Postfach 6444, 24125 Kiel literaturvertrieb@rote-hilfe.de und in allen Buchhandlungen!

## Widerstand hinter Gittern trotz Folter und Todesstrafe Die Lage der politischen Gefangenen im Iran

| Prison's Dialogue

**S**eit der Machtübernahme 1979 geht das islamische Regime mit hochgerüstetem Militär und anderen Kräften brutal gegen Menschen in den verarmten Provinzen Belutschistan und Kurdistan vor. Trotzdem gibt es Widerstand.

Der Widerstand der Freiheitskämpfer\*innen braucht unsere Solidarität, ebenso die unter unerträglichen Bedingungen lebenden politischen Gefangenen. Sie dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Diese Kämpfer\*innen sind Teil der sozialen Bewegungen der Frauen\*, Arbeiter\*innen, Student\*innen und politischen Aktivist\*innen. Neben diesen Kämpfer\*innen für eine Gesellschaft ohne Patriarchat, Kapitalismus und Fundamentalismus sind viele Weitere inhaftiert. Es vergeht kein Tag ohne Festnahmen.

Am schlimmsten trifft es die eingesperrten Frauen\*. So wurden die beiden iranisch-kurdischen Aktivistinnen Pakhshan Azizi und Varishe Moradi zum Tode verurteilt, Zeinab Jalalian und Maryam Akbari Monfared sind über 16 Jahre inhaftiert.

Das Regime praktiziert die systematische Anwendung von physischer sowie psychischer Folter und vollstreckt Todesurteile, um die Gefangenen zu brechen und auch in die Gesellschaft die Botschaft zu senden, dass der Kampf nutzlos sei. Trotzdem: Es gibt Solidarität, Widerstand und Selbstorganisation der Gefangenen.

### Tausende Hinrichtungen

2023 wurden laut Amnesty International 853 Personen hingerichtet, darunter mindestens 22 Frauen\* und zwei Minderjährige – das entspricht etwa einer Hinrichtung alle 15 Stunden!

Bisher wurden mindestens neun Demonstranten des Jina-Aufstands hingerichtet. Ein Dutzend der Inhaftierten wurde zu Tode gefoltert. Mindestens 48 Menschen sind aufgrund ihrer Teilnahme an den Protesten von der Todesstrafe bedroht.

2024 wurden mindestens 777 Menschen hingerichtet, darunter 23 politi-

sche Gefangene, 26 Frauen\* und fünf Minderjährige, sowie afghanische Bürger.

### Foltermethoden gegen Frauen\*

In den letzten Jahren haben inhaftierte Frauen\* verschiedener Gefängnisse im Iran ihre Erfahrungen dokumentiert.

Außer körperlicher Folter wird psychische „weiße“ bzw. „saubere“ Folter verwendet, die keine äußerlich sichtbaren

hätte sexuelle Beziehungen mit politischen Aktivist\*innen gegeben, um so beide Seiten zu demoralisieren und politische Aktivitäten auf sexuelle Beziehungen zu reduzieren. Es gibt erzwungene Interviews: „Reuebekenntnisse“ oder „Bereitschaft“, für den Geheimdienst zu arbeiten. Solche Interviews werden in den Medien veröffentlicht. Familienangehörigen wird mit der Hinrichtung der Gefangenen gedroht, um eine Kooperation zu erpressen. Gefangene werden oft verlegt, um Besuche zu erschweren, den Gefangenen so die Solidarität und Freundschaft vorzuenthalten und sie psychisch weiter zu verletzen.

### Der Widerstand

Trotz alledem gibt es weiterhin Widerstand, wie die seit 49 Wochen anhaltenden Hunger- und Streik-Dienstage gegen Folter und Hinrichtungen. Diese Kampagne hatte mit dem Sit-in im Hof des Frauen\*gefängnisses in Evin gegen die Todesurteile von zwei Frauen\* in den Todeszellen begonnen und eine neue Phase eingeleitet. Parallel zu den steigenden Hinrichtungszahlen hat sich der Kreis der Gefangenen, die sich an den Hunger- und Streik-Dienstage beteiligen, sogar in 28 Gefängnisse ausgeweitet.

Trotzdem findet die Islamische Republik Iran weiter Unterstützung durch imperialistische Staaten in West und Ost. Diese fördern die Gewalt. Gerade deutsche Firmen, wie Daimler, Siemens, Heckler & Koch, Siemens Networks, Linde und andere, produzieren und exportieren Dual-Use-Produkte, Waffen, Hard- und Software, die gegen Betroffene im Iran eingesetzt werden.

Wir bekunden unsere Solidarität mit allen Gefangenen und Unterdrückten, wir weisen auf die staatlichen Repressionen hin und fordern weltweit die Freiheit aller politischen Gefangenen. Solidarität ist unsere Waffe im Kampf für eine Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung, Rassismus und Patriarchat: Kein Vergeben, kein Vergessen! Hoch die internationale Solidarität!

Spuren hinterlässt. Dazu zählen Schlafentzug, Scheinhinrichtungen, Androhung von Vergewaltigung, Toilettenverbot, Temperatur- oder Lärmfolter, Besuchsverbot, Hofgangverbot, Isolationshaft etc. Das Regime will die Gefangenen brechen und sie zur Denunziation ihrer Genoss\*innen zwingen.

Dazu gibt es geheime Gefängnisse, zu denen keine\*r Zugang hat. Dort sind Gefangene in langer Isolation, oft ohne medizinische Versorgung, um sie so absichtlich zu Tode kommen zu lassen. Frauen\* werden gedemütigt, indem sie „Jungfräulichkeitstests“ unterworfen werden, oder sie werden vergewaltigt.

Unter Folter werden falsche Geständnisse erzwungen wie die Behauptung, es



## Vorwärts und nicht vergessen!

**Kontinuität sichern Fördermitglied werden!**

**Hans-Litten-Archiv** Die Geschichte der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen ist zugleich die Geschichte der Solidarität gegen Unterdrückung, Verfolgung und Repression. Um diese andere Seite des Kampfes um Emanzipation nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, wurde am 18. Februar 2005 in Göttingen das Hans-Litten-Archiv gegründet. Ziel des Vereins ist die Errichtung und Förderung eines Archivs der Solidaritätsorganisationen der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung und der sozialen Bewegungen.

**Bankverbindung Hans-Litten-Archiv e.V.:**  
IBAN: DE86 2605 0001 0000 1381 15  
BIC: NOLADE21GOE

**Beitritts- und Spendenerklärung / Einzugsermächtigung für Hans-Litten-Archiv**

Ich spende einmalig einen Betrag in Höhe von \_\_\_\_\_ €

Ich möchte Fördermitglied für das Hans-Litten-Archiv werden

Ich ermächtige den Vorstand des Hans-Litten-Archivs, jederzeit widerruflich, meinen Betrag jeweils zu Beginn des Fälligkeitsdatums zu Lasten meines unten angegebenen Kontos durch Lastschrift einzuziehen. Innerhalb von 6 Wochen kann ich bereits vollzogene Lastschriften wieder rückgängig machen.

Ich zahle einen Mitgliedsbeitrag von:

25 € jährlich.

50 € jährlich.

freiwilliger Beitrag pro Jahr (über 25 €) \_\_\_\_\_ €

**Spenden an das Hans-Litten-Archiv sind steuerlich absetzbar.**

Vorname und Name \_\_\_\_\_

Straße und Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort \_\_\_\_\_

Telefonnummer \_\_\_\_\_

e-mail \_\_\_\_\_

Name und Ort des Kreditinstituts \_\_\_\_\_ BIC \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

Datum und Unterschrift \_\_\_\_\_



## Nach 49 Jahren in Haft Leonard Peltier in den Hausarrest entlassen

| Michael Koch, TOKATA-LPSG RheinMain e. V.

Im letzten Jahr überschrieben wir den Artikel zum indigenen politischen Gefangenen Leonard Peltier mit „2024 könnte zum Jahr der Entscheidung werden“ und führten hierzu drei rechtliche Gründe an. Nach der Ablehnung der Haftentlassung aus humanitären Gründen sowie auf Bewährung konzentrierten sich alle Bemühungen und Hoffnungen auf eine Strafwandlung oder Begnadigung zum Amtsende Joe Bidens.

Für Peltier, der im September 80 Jahre alt wurde, wurden die Monate bis zur Inauguration Donald Trumps eine Ewigkeit emotionaler Anspannung. Verstärkt wurde dies durch die Haftbedingungen eines fünfjährigen permanenten Dauereinschlusses und die Folgen zahlreicher zum Teil lebensbedrohlicher Erkrankungen. Peltier verlor 2024 immer mehr sein Geh- und Sehvermögen. Eine adäquate medizinische Versorgung wurde ihm trotz aller anwaltlicher Bemühungen und internationaler Solidarität bis zum Schluss verweigert.

So konzentrierten sich die Bemühungen seiner weltweiten Unterstützer\*innen verstärkt auf eine vielfältige und medienwirksame Begnadigungskampagne. Doch auch die Gegenseite mobilisierte bis zum letzten Moment. Der ehemalige FBI-Direktor und FBI-Mitglieder forderten Biden auf, Peltier nicht aus der Haft zu entlassen.

Nur wenige Minuten vor der Inauguration Trumps veröffentlichte Biden dann die Strafwandlung von Peltiers Haft in

einen Hausarrest in der Turtle Mountain Reservation. Hier steht für Peltier bereits eine Unterkunft zur Verfügung. Hier hat er Familie und Freund\*innen. Und auch für die dringend nötige medizinische Versorgung wird gesorgt.

Es bleibt ein bitterer Beigeschmack: Peltier wurde nicht im Sinne einer executive clemency begnadigt. Es gibt keine Entschuldigung und Entschädigung für 49 Jahre Haft. Der Schuldspruch bleibt bestehen, obwohl es nie Beweise für seine Schuld gab. Peltier bleibt weiterhin unter der Aufsicht des Bureau of Prisons, das die genaueren Bedingungen des Arrestes festlegen wird. Diese Auflagen zu lockern und weitere Schritte in die Freiheit einzuleiten, wird dann die Aufgabe von Anwält\*innen in Abstimmung mit Peltier und mit Hilfe von Unterstützer\*innengruppen sein.

Für Leonard Peltier ist dies dennoch ein Gewinn. „Es ist endlich vorbei – ich gehe nach Hause ... Sagt jeder\*m in Indian Country ...

und all den Unterstützer\*innen weltweit: Ich bin sehr dankbar für das, was ihr getan habt. Ihr brachtet mich einen Schritt nach Hause, und Hausarrest ist millionenfach besser als das, wo ich jetzt bin.“

Die deutsche Unterstützer\*innengruppe wird Peltier auch auf seinem weiteren Weg unterstützen.

► leonardpeltier.de



## Mumia Is Still The Issue

### Linker Journalist und Ex-Black-Panther-Aktivist seit 1982 in Haft

| Michael Schiffmann

Anders als Leonard Peltier wird Mumia Abu-Jamal wohl auch im Jahr 2025 nicht freikommen. Ähnlich wie bei Peltier wäre eine – nicht mit einem Schuldeingeständnis verbundene – Begnadigung durch den Gouverneur Pennsylvanias nach vorheriger Empfehlung durch den Begnadigungsausschuss dieses Staates eine theoretische Möglichkeit. Aufgrund der vielen damit verbundenen Komplikationen ist dies im Moment aber allenfalls Zukunftsmusik.

Vor Gericht wird derzeit weiter Mumias 6. PCRA-Petition<sup>1</sup> von Dezember 2021 verhandelt, in der er drei Punkte aus verspäteten Aktenfunden von 2018/19 geltend macht. So fragte erstens ein Hauptbelastungszeuge nach Mumias Verurteilung beim Staatsanwalt, wo sein Geld bleibe. Zweitens wurde die andere Hauptbelastungszeugin von der Staatsanwaltschaft geschützt, und gegen sie anhängige Verfahren wurden niedergeschlagen. Und drittens zeichnete die Staatsanwaltschaft während der Juryauswahl systematisch die „Rasse“ der in Frage kommenden Geschworenen auf.

Wer meint, das sei wohl zumindest für ein neues Verfahren genug, irrt – nicht in einem ungerechten System wie (nicht nur) in den USA. Im März 2023 meinte eine Richterin in Philadelphia tatsächlich, auch in Kenntnis solcher Fakten – Bestechung, Protektion, Rassismus – hätte die Jury Mumias nicht anders geurteilt,

da ja die Beweislast gegen ihn überwältigend gewesen sei. Leser\*innen der Rote Hilfe Zeitung wissen, dass das Gegenteil der Fall ist.

Im September 2024 bestätigte der Pennsylvania Superior Court diese Entscheidung, und im November legte Mumias Verteidigung beim Pennsylvania Supreme Court Berufung ein.

Unterdessen geht der Kampf um Mumias Freilassung nicht nur vor den staatlichen Gerichten, sondern auch vor dem Gericht der weltweiten öffentlichen Meinung weiter.

Mumia selbst fährt mit seiner Arbeit als Autor und Journalist auch im Alter von über 70 Jahren unbeirrt fort. Jüngstes Ergebnis ist das gemeinsam mit Jennifer Black herausgegebene Buch „Beneath the Mountain. An Anti-Prison Reader“, das Texte von Gefangenen gegen Gefängnisse aus 200 Jahren versammelt und im Dezember und Januar mit großem Anklang auch in Berlin vorgestellt wurde. Wir versuchen derzeit herauszufinden, wie wir dieses wichtige Buch auf Deutsch veröffentlichen können.

► freiheit-fuer-mumia.de ► das-mumia-hoerbuch.de

<sup>1</sup> Der Post-Conviction Relief Act ist ein Gesetz zur Überprüfung von Urteilen auf einzelstaatlicher Ebene.



## Keinen Grund für die Verhaftung genannt Administrativhaft in Israel

| Henning von Stoltzberg, Mitglied im Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V.

Im Zuge des Gaza-Krieges und der Antikriegsprotteste hierzulande, die vielfach von Repression betroffen sind, kommt auch die Frage der politischen Gefangenen in Israel wieder auf die Tagesordnung von Menschenrechtsorganisationen und linken Bewegungen. Dabei ist das Ermitteln valider Zahlen nicht einfach, wie in vielen anderen Kriegsregionen auch. Eine der verlässlichsten Quellen dürfte der Verein zur Unterstützung von Gefangenen und Menschenrechten, Addameer, sein.

Das 1991 von einer Gruppe menschenrechtsorientierter Aktivist\*innen gegründete Zentrum bietet politischen Gefangenen kostenlosen Rechtsbeistand, setzt sich auf nationaler und internationaler Ebene für ihre Rechte ein und arbeitet daran, Folter und andere Verletzungen der Rechte von Gefangenen zu beenden. Laut eigener Aussage glaubt Addameer an die Bedeutung des Aufbaus einer freien und demokratischen palästinensischen Gesellschaft auf der Grundlage von Gerechtigkeit, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte im Rahmen des Rechts auf Selbstbestimmung. Als zentralen Bezugspunkt nennt der Verein die Universalität der Menschenrechte, wie sie im internationalen Recht verankert sind.

Zu diesem Zweck arbeitet er unter anderem eng mit internationalen Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch, OMCT und FIDH zusammen, um regelmäßig Informationen über die Lage der palästinensischen politischen Gefangenen zu liefern. Als politische Gefangene definiert Addameer alle Menschen, die im Zusammenhang mit der israelischen Herrschaft über Teile des Westjordanlands und Gaza inhaftiert sind, unabhängig von ihren politischen Überzeugungen.

Die letzte von Addameer veröffentlichte Statistik vom 7. Januar 2025 berichtet von 10.400 politischen Gefangenen, darunter 3.376 Administrativhäftlingen. Unter den Inhaftierten sind demnach 320 Kinder und 88 weibliche Gefangene sowie fünf Mitglieder des palästinensischen Legislativrats. Die politischen Gefangenen mit hohen Haftstrafen beziffert die Menschenrechtsorganisation auf 561. Die Zahl der Häftlinge mit mehr als 25 Jahren Haft liegt bei 40; 432 wurden zu mehr als 20 Jahren verurteilt.

Rund zehn Jahre zuvor, im Dezember 2014, betrug die Gesamtzahl der politischen Gefangenen nach der Addameer-Statistik 6.200 Personen, die Zahl der Administrativhäftlinge lediglich 465. Die niedrigste Zahl politischer Gefangener ermittelte der Verein im Dezember 2020 mit 4.400.

Besonderes Augenmerk sollte bei der schwankenden Anzahl politischer Gefangener auf die in Israel geltende Form der Administrativhaft gelegt werden. Nach geltendem Recht kann der israelische Staat Palästinenser\*innen festnehmen, ohne ihnen den Grund für ihre Verhaftung zu nennen. So kommt es tausendfach vor, dass Betroffene zwar jedes halbe Jahr einem Militärgericht vorgeführt werden, ihnen aber mit Verweis auf Geheimhaltung kein Haftgrund genannt wird und die Inhaftierung sich fortsetzt.

Aus Sicht der rechts-nationalen israelischen Regierung handelt es sich um eine Art der „Sicherheitshaft“, wobei die Kriterien unklar bleiben. Ein Post in den sozialen Medien, Opposition zum Gazakrieg oder die Teilnahme an einer pro-palästinensischen Demonstration können völlig ausreichend sein. Auch Familienmitglieder von Inhaftierten können als Sicherheitsrisiko eingestuft werden.

Laut Addameer haben die israelischen Behörden zwischen 2017 und 2021 insgesamt 5.728 Anträge für Administrativhaft gegen Palästinenser\*innen ausgesprochen, 1.695 allein im Jahr 2021. Dies steht im Zusammenhang mit Massenverhaftungen durch israelische Behörden während der Proteste im Mai und Juni 2021.

Diese Form der Haft ruft selbstverständlich Proteste hervor. Im Januar 2022 beispielsweise begannen fast alle Palästinenser\*innen in Administrativhaft, kollektiv die Militärgerichte zu boykottieren. Sie weigerten sich, an Militärgerichtsverfahren teilzunehmen, die lediglich dazu dienen würden, die willkürliche Administrativhaft abzusegen.

Solidarität bekamen sie unter anderem von der Menschenrechtsorganisation Amnesty International. Der Boykott der Palästinenser\*innen in Administrativhaft unterstreiche die Notwendigkeit, diese ungerechte Praxis zu beenden, erklärte Amnesty International am 11. April 2022.

In einer ersten Phase des Waffenruhe-Abkommens seit 19. Januar 2025 sollen laut Medienberichten vor allem Administrativhäftlinge entlassen werden. Es bleibt zu hoffen, dass die Kritik an der Repression weiter wächst und im Zuge der Verhandlungen mehr politische Gefangene freikommen.

**Der Essener Blutsonntag**  
Die tödlichen Polizeischüsse auf Philipp Müller

Broschüre des Hans-Litten-Archivs zum 70. Jahrestag der tödlichen Polizeischüsse auf Philipp Müller und der Ereignisse am 11. Mai 1952 in Essen

36 Seiten, DIN A5, kostenlos

erhältlich beim Hans-Litten-Archiv auch zum Download  
email@hans-litten-archiv.de

**Neues von JUMP UP Schallplattenversand**

**Miquel Ramos: Antifascistas. Wie die spanische extreme Rechte seit den 1990er Jahren bekämpft wird.** - 2025 bahoe books - Hrsg. Lucha Amada - Buch EUR 26,00

Miquel Ramos gibt einen Überblick über die verschiedenen Kämpfe gegen die neue extreme Rechte in Spanien seit Mitte der 1980er Jahre bis heute, versehen mit O-Tönen ihrer Protagonist\*innen und journalistischen und politischen Chroniken der einzelnen Momente: über die Organisation der verschiedenen Plattformen und Gruppen, die von der anfänglichen Selbstverteidigung zur Offensive gegen rechtsextreme Gruppen übergangen, welche Rolle Journalismus, Kultur, Musik, die Institutionen und andere soziale Bewegungen spielten, über die Vielfältigkeit des antifascistischen Kampfes, seine Bündnisse, Debatten und einige Erfolge.

Various: Lucha Amada 3 - A Luta Continua  
3 CDs im Buchformat EUR 19,90  
4 LPs mit 48 S. Booklet EUR 49,90  
4 LPs mit 48 S. Booklet & Baumwolltasche EUR 54,90

Die Erlöse spenden wir je zur Hälfte an die Zapatist@s (Mexico) und an JINWAR, einem feministischen Projekt im Herzen von Rojava (West Kurdistan/ North Syria).

**Jump Up Schallplattenversand Matthias Henk**  
Bestellungen über:  
**www.jump-up.de // info@jumpup.de**

„So ist das Leben und so muß man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd – trotz alledem.“  
Rosa Luxemburg

**Sagen, was ist!**

unsere zeit  
Wochenzeitung der DKP  
Jetzt 6 Wochen kostenlos testen!  
unsere-zeit.de | Tel.: 0201 177889-15 | abo@unsere-zeit.de



## Mexiko – Fabrik von Schuldigen Repression gegen Aktivist\*innen durch falsche Beschuldigungen

| Lilli Meier

Nichts Neues aus dem Bundesstaat Chiapas in Mexiko bezüglich der Situation der Gefangenen. Weiterhin gehören willkürliche Festnahmen zum Alltag von Aktivist\*innen. Das Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de Las Casas (FrayBa) spricht von einer „fábrica de culpables“, einer Fabrik von Schuldigen. Fast die Hälfte der in Mexiko Inhaftierten gab bei der Umfrage ENPOL (Nationale Umfrage über Menschen unter Freiheitsentzug) von 2021 an, wegen falscher Beschuldigung verhaftet worden zu sein.

„Die ganze Welt ist ja zurzeit betrunken“, sagt Manuel Sántiz. Er ist ein Mitglied der Fünf Freunde, wie sie inzwischen von den Medien genannt werden. Die Männer sind Menschenrechtsaktivisten und sitzen in Mexiko im Gefängnis CERSS no. 5 in San Cristóbal de las Casas. Sie wurden unter der Beschuldigung der Tötung verurteilt, obwohl die Beweise widersprüchlich waren. Es handelte sich um ein erfundenes Verbrechen. Erst bei der Anhörung erfahren die fünf, was ihnen genau vorgeworfen wird. Der Vorwurf lautet Mord an einem zu Tode gekommenen Polizisten aus ihrer Heimatstadt Cancuc. Die Fünf Freunde von San Juan Cancuc sind fünf Tzeltal und leben in der Gemeinde Cancuc, die als Tatort genannt wird. Tzeltal ist eine Gruppe von indigenen Menschen, die überwiegend die Maya-Sprache Tzeltal sprechen.

Tatsächlich hatten die fünf Freunde in einer Nacht laute Schreie gehört. Als sie diesen auf den Grund gingen, fanden sie einen örtlichen Polizisten stark betrunken, gestürzt und verletzt vor. Gemeinsam mit anderen Nachbarn übergaben sie den gefundenen Betrunkenen einem Polizeikollegen.



Foto: Centro de Derechos Humanos Fray Bartolomé de Las Casas  
CC BY-SA 4.0

Später wird der gestürzte Mann als tot gemeldet. Was dazwischen geschah, bleibt den indigenen Aktivist\*innen unklar. Drei der fünf Freunde, Sántiz sowie Agustín Pérez und Juan V. Aguilar, wurden noch in dieser Nacht mit dem Vorwurf des Drogenverkaufs verhaftet. Zum Zeitpunkt des Prozesses wird daraus der genannte Mordvorwurf.

Im Prozess häufen sich widersprüchliche Aussagen. Der Tote wurde nicht gerichtsmedizinisch untersucht, der ermittelnde Kommissar besuchte den angeblichen Tatort nicht. Wie viele Prozesse in Mexiko fand auch dieser ohne eine geeignete Übersetzung für die teilweise nur Tzeltal sprechenden Aktivist\*innen statt. Am Ende wurden die Fünf Freunde im Mai 2023 zu 25 Jahren Haft verurteilt. Seitdem sind sie wegen falscher Beschuldigung zu Unrecht inhaftiert.

Kriminalisierung von Aktivist\*innen durch Vorwürfe von Verbrechen ist ein Muster der Repression des mexikanischen Staates. Die Betroffenen landen in „Präventivhaft“. Diese Zeit wird dann genutzt, um eine Ermittlungsakte mit fabrizierten Verbrechen und oftmals durch Folter erzwungenen Beweisen zu erstellen. Diese sind dann die Grundlage, um die entlassenen Menschen direkt wieder festzunehmen. Erfundene Vorwürfe bedeuten dann eine lange Haftstrafe für die Betroffenen. In Mexiko wurden Menschen unter anderem zu 50 Jahren Haft verurteilt – zu Unrecht und um politische, insbesondere indigene Kämpfe zu unterdrücken. Es handelt sich meist um indigene Menschen, die willkürlich festgenommen werden.

Die Fünf Freunde sind nicht die Einzigen. Ein international bekannter Fall ist auch Manuel Gómez Vázquez, ein junger Tzeltal-Maya und Mitglied der zapatistischen Unterstützungsbasis. Er wurde von den Gemeindebehörden eines Verbrechens beschuldigt, das er nicht begangen hatte. Manuel Gómez wurde gefoltert und dann mit Unterstützung der Staatsanwaltschaft der indigenen Justiz strafrechtlich verfolgt. Nach fast drei Jahren Haft wurde er im November 2023 aus dem Gefängnis freigelassen.

Das systematische Muster der Kriminalisierung überwiegend indigener Aktivist\*innen durch die Regierung ist weiterhin da. Eine Fabrik der systematischen Repression durch Absprache zwischen der Staatsanwaltschaft und der Justiz des Bundesstaates Chiapas. Willkürliche Freiheitsberaubungen unter falschen Anschuldigungen sollen Aktivist\*innen für Menschenrechte, Land und Freiheit unterdrücken.

Die selbstorganisierte Gruppe „No Estamos Todxs“ (dt. Wir sind nicht alle) und die FrayBa kämpfen unermüdlich weiter gegen Repression in Chiapas und Mexiko. Der Fall der Fünf Freunde wird erneut gerichtlich geprüft.

Ein Aktivist aus Mexiko antwortet auf die Frage, was wir hier tun könnten, kurz und knapp. Es helfe, Informationen über die Situation weiterzugeben, so viel es nur geht, bis die Repression aufhört und die zu Unrecht Inhaftierten frei kommen.

## Wie Familien und Verbündete um Gerechtigkeit kämpfen Politische Gefangene in El Salvador

| Antonia Rodríguez Sanchez

Es ist der 28. Dezember 2024. Vor den massiven Toren des berühmten Gefängnisses „La Marióna“ haben sich Familienangehörige versammelt. Sie halten Banner und handgeschriebene Botschaften in den Händen. Die Luft ist erfüllt von einer Mischung aus Wut und Trauer, durchdrungen von der markanten Stimme von Lourdes Palacios, Vorsitzende des Komitees der Familienangehörigen politischer Gefangener und politisch verfolgt in El Salvador, kurz COFAPPES, das zur Aktion aufgerufen hatte. Palacios wendet sich direkt an die Inhaftierten Dr. Francisco Hirezi, Dennis Córdova und Jaime Valdez, die sich irgendwo hinter den hohen Mauern befinden sollen: „Sie alle haben seit 13 Monaten und sechs Tagen Anordnungen für Alternativen zur Inhaftierung... und wir wissen, dass Sie nicht über die Anordnung informiert wurden, weil Ihre Anwält\*innen nicht ins Gefängnis gelassen wurden.“

Damit ist die Aktion nicht nur ein Zeichen der Unterstützung für die politischen Gefangenen, sondern auch eine wichtige Form der Kommunikation. Besuche von Angehörigen, Anwält\*innen und medizinischem Personal sind seit einem über zwei Jahre anhaltenden Ausnahmezustand ausgesetzt. Am 27. März 2022 rief die salvadorianische Legislative auf Antrag von Präsident Nayib Bukele einen Ausnahmezustand aus, um der wachsenden Bandenkriminalität entgegenzuwirken. Ursprünglich auf 30 Tage begrenzt, wurde er mehrfach verlängert und ist bis heute in Kraft. Dies führte zu beispiellosen Verhaftungswellen, welchen auch zahlreiche Regierungskritiker\*innen und soziale Aktivist\*innen zum Opfer fielen. Bis Dezember 2024 wurden nach Regierungsangaben über 83.000 Personen festgenommen, oft unter Missachtung rechtsstaatlicher Verfahren.

Besonders kritisch wird dabei die Rolle von Osiris Luna gesehen, dem Generaldirektor der Gefängnisse, der laut COFAPPES für die Nichteinhaltung von Freilassungsbefehlen verantwortlich gemacht wird. Nach Angaben der Bewegung der Opfer des Regimes (MOVIR) ignorier-

te Luna etwa mehr als 20.000 richterliche Anordnungen, wodurch die Willkür im Umgang mit den Inhaftierten weiter verschärft wird. Zudem häufen sich Berichte von Menschenrechtsorganisationen über Folter in Haftanstalten und über die rund 300 Todesfälle in staatlichem Gewahrsam.

An diesem Ort, an diesem Tag wird klar: Trotz der Ungewissheit, die die Familien der insgesamt 112 politischen

gegen Bukeles verfassungswidrige zweite Amtszeit vorgeworfen, die am 1. Juni begann.

Montalvo und Melara leiden an schweren gesundheitlichen Problemen und sind dringend auf medizinische Betreuung angewiesen. So erlitt Montalvo wenige Tage vor seiner Verhaftung einen Herzinfarkt und war aufgrund eines Schlaganfalls und seiner Niereninsuffizienz stark geschwächt und bettlägerig. Seine Familie und lokale Menschenrechtsorganisationen sehen sein Leben durch die schlechten Haftbedingungen in Gefahr. Ebenfalls in Santa Ana inhaftiert ist der Journalist und Student Luís Menjivar, der nach einer Pressekonferenz zu den Verhaftungen der Allianzmitglieder am 31. Mai 2024 festgenommen wurde.

Am 3. Dezember ordnete ein Richter an, dass Montalvo, Melara und Menjivar nach einer anfänglichen sechsmoatigen Untersuchungshaft für weitere sechs Monate inhaftiert werden. Alle drei hatten aufgrund ihres Gesundheitszustands besondere Anhörungen; dennoch sieht es so aus, als würden sie mindestens bis Juni 2025 in Haft bleiben.

In einem Interview mit dem Radiosender YSUCA am 24. Dezember sagte Silvia Cordero, Tochter von Atilio Montalvo: „Sie haben die Familie zerrüttet. Sie haben die Grundlage der Gesellschaft, nämlich die Familien, untergraben. Wir sind sehr traurig,

aber wir werden weiterkämpfen.“ Bis zuletzt hatten sie und ihre Familienangehörigen gehofft, Weihnachten mit ihrem Vater verbringen zu dürfen. Im November 2024 war Silvia Cordero mit Unterstützung der Roten Hilfe e. V. in Deutschland und machte hier in mehreren Städten auf das Schicksal ihres Vaters und der anderen politischen Verhafteten in El Salvador aufmerksam.

<sup>1</sup> Der FMLN (Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí) ist eine politische Partei in El Salvador. Sie setzte sich ursprünglich aus einem Bündnis von Guerillagruppen zusammen, die sich 1980 zur Bekämpfung der damaligen Militärdiktatur gebildet hatten.



Familienangehörige von Atilio Montalvo und weiteren politischen Gefangenen fordern ihre Freilassung vor den Mauern des Gefängnisses „El Occidental“ in Santa Ana, übermitteln ihnen mit Durchsagen Nachrichten und hoffen auf ein Lebenszeichen.

Gefangenen umgibt, bleibt ihr Mut ungebrochen. Erst kürzlich, am 10. Dezember 2024, übergaben sie dem Präsidentenpalast einen Brief, in dem sie die Wiederherstellung des Familienbesuchsrechts forderten.

Auch am 30. Dezember überbringen COFAPPES-Mitglieder, dieses Mal vor dem Gefängnis „El Occidental“ in der Stadt Santa Ana, Botschaften an die dort festgehaltenen politischen Gefangenen, darunter Atilio Montalvo und José Santos Melara. Die beiden ehemaligen Anführer der FMLN<sup>1</sup> wurden im Mai 2024 zusammen mit neun weiteren Anführern der „Allianz für ein friedliches El Salvador“ verhaftet. Ihnen wird Terrorismus im Zusammenhang mit geplanten Protesten

NEWSLETTER

LINKS  
& BÜNDIG



Täglich gratis:  
Das Beste aus  
junge Welt

Hier bestellen: [jungewelt.de/eintragen](http://jungewelt.de/eintragen)

GEGEN  
RECHTE BÜNDE



# Solidarität muss praktisch werden! Schreibt den gefangenen Genoss\*innen!

Es ist wichtig, dass eine Bewegung ihre Gefangenen nicht vergisst - sie sind unsere Genoss\*innen und brauchen unsere Solidarität! Deshalb ist es umso notwendiger, dass innerhalb der Bewegung die Unterstützung Gefangener, z. B. das Schreiben an sie, das Schicken von Paketen, der Besuch bei ihnen, wieder stärker in die breite Basis getragen wird. Das Schreiben ermöglicht, mit ihnen in direkten Kontakt zu kommen, und sollte der erste Schritt sein. Wir haben nachfolgend einige Tipps zusammengetragen, die hoffentlich helfen, das Thema konkret anzugehen.

## Was schreibe ich Gefangenen?

Der sicherlich bekannteste und einfachste Weg ist, Postkarten oder einen Brief zu schreiben, allein oder zusammen mit anderen Genoss\*innen. Dazu könnt ihr Plakate etc. von Veranstaltungen mit Widmungen/Unterschriften/Grüßen mitschicken. Auch Zeitschriften und Ähnliches kommen bestimmt gut an. So könnt ihr die Gefangenen an eurem politischen Leben ein kleines Stück partizipieren lassen.

Wenn ihr Gefangenen schreibt, müsst ihr bedenken, dass Post mitgelesen wird! Außerdem kommt es vor, dass Briefe aufgehalten, verzögert oder gar „verlegt“ werden. Daher ist es am besten, die Briefe zu nummerieren, um ein eventuelles Nichtankommen von Briefen zu registrieren. Einzelne Haftanstalten begrenzen die Anzahl der Briefe, welche ein\*e Gefangene\*r schreiben oder erhalten darf. Wenn du glaubst, dass ein Brief von der Knast-

aufsicht aus dem Verkehr gezogen worden ist, frage gleich nach dem Grund dieser Zensurmaßnahme. Sicherer sind natürlich eingeschriebene Briefe, weil diese in der Regel in Anwesenheit des\*der Gefangenen geöffnet werden müssen. Aber eine hundertprozentige Sicherheit gibt es leider nie.

Erwarte nicht unbedingt eine Antwort auf deinen Brief oder deine Karte. Die Inhaftierten werden womöglich die Briefmarken und die Umschläge selber kaufen müssen, und die meisten sind sicherlich keine Millionär\*innen. Einige Gefängnisse erlauben, dass Briefmarken oder frankierte Umschläge mit der Post hineingeschickt werden. Klärt einfach mit dem\*der betreffenden Gefangenen, ob das möglich ist, und legt euren Briefen dann entsprechend Briefmarken bei.

Auf deinen Briefumschlag solltest du stets die Adresse des\*der Absender\*in draufschreiben, nicht nur, damit der\*die Inhaftierte dir antworten kann, sondern auch, weil einige Gefängnisse keine Briefe ohne Absender\*innen durchlassen. Natürlich muss dies nicht unbedingt deine eigene Adresse sein, aber berücksichtige, dass Postfach-Adressen nicht allzu gerne akzeptiert werden.

Falls ihr Bücher oder Informationsmaterial schicken wollt, erkundigt euch bei den Gefangenen über die diesbezüglichen Haftbestimmungen. Diese können zwischen Justizvollzugsanstalten (JVAs) unterschiedlich sein.

## Wie könnt ihr das Schreiben an Gefangene gestalten und organisieren?

Ihr könnt z. B. auf euren Veranstaltungen (oder Soli-Tresen oder Kúfas) Postkarten bereitlegen und die Besucher\*innen direkt auffordern, einen kurzen Gruß zu schreiben. Oder ihr könnt auf das Plakat/den Flyer dieser Veranstaltungen etwas Persönliches schreiben lassen und das dann schicken. Geht selbst mit gutem Beispiel voran und animiert so andere dazu! Wenn ihr Infostände betreut, andere Veranstaltungen mitorganisiert usw., macht es sich auch gut, Postkarten und Gefangenenadressen parat zu haben, um Interessierten gleich die Möglichkeit zu geben, aktiv zu werden. Und falls euch mal nichts einfällt, was ihr schreiben könnt, malt einfach etwas. Jeglicher Ausdruck von Solidarität ist willkommen!

## Wie schreibe ich Gefangenen?

Eines der Hauptprobleme, das Leute davon abhält, Inhaftierten zu schreiben, liegt darin, dass es ungewohnt ist, einer „fremden“ Person zu schreiben. Es handelt sich dabei um ein Problem, das die meisten von uns überwinden müssen; deshalb hier einige kurze Tipps: Natürlich handelt es sich nicht um starre Richtlinien, unterschiedliche Menschen schreiben eben auch unterschiedliche Briefe. Schreibe beim ersten Kontakt, welche\*r du bist, welcher Gruppe/Organisation du angehörst und wie du von seinem\*ihrem Fall gehört oder gelesen hast. Schreibe vielleicht auch ein paar kurze Worte zu deiner politischen Einstellung, so dass

der\*die Gefangene entscheiden kann, ob er\*sie mit dir in Kontakt bleiben möchte. Besonders, wenn du die Gefangenen nicht vor ihrem Haftantritt gekannt hast, möchten sie mehr über dich wissen. Wie ausführlich du bist, bleibt alleine dir überlassen. Du musst nur immer bedenken, dass die Post auch von den staatlichen Autoritäten gelesen wird. Versuche, diesen ersten Brief recht kurz zu halten und nur das Nötigste zu schreiben, weil es besser ist, die Leute nicht gleich zu überfordern. Außerdem begrenzen einige Vollzugsanstalten den Umfang der Briefe. Ratsam sind Briefe bis zu vier DIN A4-Seiten. Wenn du politischen Gefangenen schreibst und ihn\*sie für „unschuldig“ hältst, erwähne dies kurz, weil es das wichtige Gefühl vermittelt, dass du nicht an die staatliche Version, deretwegen sie eingebuchtet wurden, glaubst.

Viele, die Gefangenen schreiben, haben Angst, über Dinge aus ihrem eigenen Leben zu sprechen, weil sie glauben, dass es die Inhaftierten deprimieren könnte oder diese gar nicht daran interessiert seien. In einigen Fällen kann dies auch mal zutreffen, aber insgesamt kann ein Brief der hellste Punkt eines Tages hinter Gittern sein. Das Leben im Knast ist todlangweilig, und jegliche Nachricht, egal, ob sie von einer bekannten oder unbekanntem Person kommt, ist eine willkommene Abwechslung. Benutze deinen Verstand und dein Mitgefühl, schreibe über nichts, was der\*dem Gefangenen Schwierigkeiten mit der Anstaltsleitung oder irgendeiner\*m anderen Probleme mit der Staatsmacht einbringen könnte.

## Sie sind dort drinnen für uns, wir sind hier draußen für sie!

Für die Gefangenen aus unserer Bewegung, unseren Zusammenhängen und unseren Kämpfen (wie z. B. Streiks, Demonstrationen und Blockaden, Mitglieder revolutionärer Gruppen usw.) ist es enorm wichtig, sie in den weitergehenden Widerstand miteinzubeziehen, das heißt, ihnen von nichtkriminalisierbaren Aktionen zu erzählen, ihnen Zeitschriften zu schicken, wenn sie diese wollen, und mit ihnen Strategien und Ideen zu diskutieren, denn „Politische“ werden in der Regel im Knast isoliert. Einige können eventuell auch nichts mehr von Klassenkampf und Revolution hören, möchten nur den Kopf senken und ihre Strafe absitzen. Dies müssen wir selbstverständlich genauso respektieren. Wenn du Unterstützung oder gar eine Kampagne für eine\*n Gefangene\*n anbieten möchtest, so ist es am besten, realistisch zu bleiben bezüglich dessen, was du auch wirklich erreichen und umsetzen kannst. Für eine Person, die eine sehr lange Zeit hinter Gittern verbringen muss, kannst du wie ein sehr starker Hoffnungsschimmer erscheinen – es ist wichtig, die Hoffnung aufrecht zu erhalten, aber keine falschen Illusionen zu wecken. Wenn ein\*e Gefangene\*r dir glaubt, diese Erwartungen aber nicht erfüllt werden, so kann dies in Desillusion und Depression enden.

Knäste sind da, um Menschen voneinander zu isolieren. Deshalb müssen wir die Verbindung nach draußen gewährleisten. Direkter Kontakt mittels Briefverkehr ist einer der besten Wege, Gefangene nicht allein zu lassen gegenüber staatlichen Kontroll- und Disziplinierungsinstanzen.

## Politische Gefangene in der BRD

Alaaddin Altan JVA Koblenz Simmerner Str. 14a 56075 Koblenz (Kurmançî, Türkisch)	Özgül Emre JVA Köln Rochusstr. 350 50827 Köln (Türkisch, Englisch, etwas Deutsch)	Nico c/o Rote Hilfe OG Stuttgart Böblinger Str. 105 70199 Stuttgart
Haci Atli JVA Kempten Reinhartser Str. 11 87437 Kempten (Kurmançî, Türkisch)	Ali Engizek JVA Düsseldorf Oberhausener Str. 30 40472 Ratingen (Kurmançî, Türkisch, etwas Deutsch)	Abdullah Öcalan JVA Heilbronn Steinstr. 21 74072 Heilbronn (Kurmançî, Türkisch, Französisch) (Namensgleichheit – es handelt sich nicht um Apo)
Kenan Ayas Untersuchungshaftanstalt Hamburg Holstenglacis 3 20355 Hamburg (Kurmançî, Türkisch)	Hanna c/o Rote Hilfe OG Nürnberg – Fürth – Erlangen Eberhardshofstr. 11 90429 Nürnberg	Ali Özel JVA Frankfurt a. M. I Obere Kreuzäckerstr. 6 60435 Frankfurt am Main (Kurmançî, Türkisch, Arabisch)
Özgür Aydın JVA Bremen Am Fuchsberg 3 28239 Bremen (Zazakî, Türkisch)	Selahattin Kaya JVA Dortmund Postfach 102053 44020 Dortmund (Kurmançî, Türkisch)	Kadri Saka JVA Bremen Am Fuchsberg 3 28239 Bremen (Kurmançî, Türkisch)
Mehmet Çakas JVA Uelzen Breidenbeck 15 29525 Uelzen (Kurmançî, Zazakî, Türkisch)	Mehmet Karaca JVA Moabit Alt-Moabit 12a 10559 Berlin (Kurmançî, Türkisch, Deutsch)	Tobi per E-Mail (PGP-Schlüssel bitte erfragen) an: briefeantobi@systemli.org
İhsan Cibelik JVA Köln Rochusstraße 350 50827 Köln (Türkisch, Englisch, etwas Deutsch)	Daniela Klette JVA für Frauen An der Propstei 10 49377 Vechta	Michael Wöhrmann JVA Rheinbach Aachener Str. 47 53359 Rheinbach
Sabri Çimen JVA Wittlich Trierer Landstr. 64 54516 Wittlich (Kurmançî, Türkisch, Englisch)	Tahir Köçer JVA Sehnde Schneidebruch 8 31319 Sehnde (Kurmançî, Türkisch, Deutsch)	Mehmetali Yilmaz JVA Stuttgart Asperger Str. 60 70439 Stuttgart (Türkisch)
Haydar Demiray JVA Detmold Bielefelder Str. 78 32756 Detmold	Andreas Krebs JVA Tegel Haus 2 Seidelstr. 39 13507 Berlin	Post für Maja, Zaid, Moritz, Clara, Paul, Nele, Paula, Luca und Johann: per E-Mail (PGP-Schlüssel bitte erfragen) an: solibriefe-budapest@systemli.org
Mazlum Dora JVA Stuttgart Asperger Str. 60 70439 Stuttgart (Kurmançî, Türkisch)	Rainer Löhnert Haus 1 Station Fz.1 Südlicher Rundweg 20 A 47551 Bedburg-Hau	oder Gefangenensolidarität Jena c/o Rote Hilfe OG Jena Postfach 100251 07702 Jena
	Nanuk solipost-nanuk@riseup.net	

## Politische Gefangene international

<b>Frankreich:</b> Gino: M. Abazaj Rexhino MAH D2 229 écrou n°1033475 Centre Pénitentiaire de Fresnes Allée des Thuyas 94260 Fresnes France	<b>USA:</b> Smart Communications / PADOC Mumia Abu-Jamal, #AM 8335 SCI Mahanoy P. O. Box 33028 St Petersburg, FL 33733 USA
Aus Platzgründen können wir nur einige wenige Adressen abdrucken. Hunderte weitere Adressen von politischen Gefangenen finden sich u. a. auf folgenden Homepages:	
<b>BRD und international:</b> <a href="http://political-prisoners.net/adressen-von-gefangenen/15453/briefe-schreiben.org">http://political-prisoners.net/adressen-von-gefangenen/15453/briefe-schreiben.org</a>	
<b>Baskenland:</b> <a href="https://www.etxerat.eus/es/list/listado-de-presos-y-carceles/5">https://www.etxerat.eus/es/list/listado-de-presos-y-carceles/5</a>	
<b>Belarus:</b> <a href="http://abc-belarus.org">abc-belarus.org</a> und <a href="http://prisoners.springg6.org">prisoners.springg6.org</a>	

Solidarität  
ist unsere  
Waffe!



# Wer ist die Rote Hilfe?



Die Rote Hilfe ist eine Solidaritätsorganisation, die politisch Verfolgte aus allen linken Spektranten unterstützt. Sie konzentriert sich auf von Repression Betroffene, die ihren politischen Schwerpunkt in der BRD haben, bezieht aber auch nach Kräften Verfolgte in anderen Ländern ein. Die Unterstützung durch die Rote Hilfe gilt allen, die als Linke wegen ihres politischen Handelns, z. B. wegen Teilnahme an Demonstrationen, Aktionen oder spontanen Streiks, wegen presserechtlicher Verantwortlichkeit für „staatsverunglimpfende“ Schriften oder wegen Widerstands gegen polizeiliche Übergriffe, vor Gericht gestellt und verurteilt werden oder andere Formen staatlicher Repression erleiden.

## 1. Politische und materielle Hilfe

Die in der Roten Hilfe aktiven Menschen bereiten zusammen mit den Angeklagten die jeweiligen Prozesse vor und machen die politischen Hintergründe in der Öffentlichkeit bekannt. Sie sorgen mit Solidaritätsveranstaltungen, Spendenaktionen und Zuschüssen aus den Beitragsgeldern der Mitgliedschaft dafür, dass die finanziellen Belastungen von vielen gemeinsam getragen werden. Insbesondere Anwalt\*innen- und Gerichtskosten können teilweise oder ganz übernommen werden. Es können aber auch Zahlungen zum Lebensunterhalt geleistet werden, wenn hohe Geldstrafen, Verlust des Arbeitsplatzes oder Haft die Betroffenen und ihre Angehörigen in Schwierigkeiten gebracht haben. Zu politischen Gefangenen wird persönlicher Kontakt gehalten, und es wird dafür eingetreten, dass die Haftbedingungen der Eingekerkerten sich verbessern und insbesondere die Isolationshaft gänzlich aufgehoben wird; wir fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen.

## 2. Die Rote Hilfe ist keine karitative Einrichtung

Die Unterstützung für die Einzelnen soll zugleich ein Beitrag zur Stärkung der linken Bewegung sein. Jede\*r, die\*der sich am Kampf beteiligt, soll das im Bewusstsein tun können, dass sie\*er auch

hinterher, wenn sie\*er Strafverfahren angehängt bekommt, nicht alleine dasteht. Ist es einer der wichtigsten Zwecke staatlicher Unterdrückung, diejenigen, die gemeinsam auf die Straße gegangen sind, durch Herausgreifen Einzelner voneinander zu isolieren und durch exemplarische Strafen Abschreckung zu bewirken, so stellt die Rote Hilfe dem das Prinzip der Solidarität entgegen und ermutigt damit zum emanzipatorischen Weiterkämpfen. Außer der unmittelbaren Unterstützung für von staatlicher Repression Betroffene sieht die Rote Hilfe ihre Aufgabe auch darin, sich im allgemeinen Sinne an der Abwehr politischer Verfolgung zu beteiligen. Sie wirkt z. B. schon im Vorfeld von Demonstrationen darauf hin, dass die Teilnehmer\*innen sich selbst und andere möglichst effektiv vor Verletzungen und Festnahmen durch die Staatsgewalt schützen. Sie engagiert sich gegen die fortschreitende Verschärfung der Staatsschutzgesetze, gegen den weiteren Abbau von Rechten der Verteidigung, gegen die Isolationshaft und gegen weitere Beschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

## 3. Mitgliedschaft und Organisation der Arbeit in der Roten Hilfe

Der Roten Hilfe gehören nur Einzelpersonen als Mitglieder an. Es gibt keine kollektive Mitgliedschaft von Gruppen oder Organisationen – wenn auch oft Mitglieder anderer linker Strukturen gleichzeitig Mitglieder der Roten Hilfe sind. Die Rote Hilfe organisiert ihre Arbeit auf zwei Ebenen. Zum einen bundesweit: Die Mitglieder wählen Delegierte zur Bundesdelegiertenversammlung, welche über die Grundsätze und Schwerpunkte der Rote-Hilfe-Arbeit entscheidet. Mit ihren Mitgliedsbeiträgen schaffen sie die materielle Grundlage für die Unterstützungen. Für die zweckentsprechende Verwendung der Gelder (Mitgliedsbeiträge und zu bestimmten Anlässen gesammelte Spenden) und für die laufende Arbeit ist der Bundesvorstand verantwortlich. Er organisiert Spendenaktionen und zentrale Kampagnen zu bestimmten Anlässen. Die Informierung der Mitglieder und die Öff-

entlichkeitsarbeit auf Bundesebene werden im Wesentlichen durch die vierteljährlich vom Bundesvorstand herausgegebene Rote-Hilfe-Zeitung sowie durch Presseerklärungen und die Homepage geleistet. Zum anderen gibt es in vielen Städten Ortsgruppen der Roten Hilfe, die bei lokalen Repressionsschlägen die praktische Solidaritätsarbeit umsetzen und direkt vor Ort für die Betroffenen ansprechbar sind.

## 4. Die Rote Hilfe versteht sich als Solidaritätsorganisation für die gesamte Linke

Das heißt nicht, dass sie irgendeinen Alleinvertretungsanspruch erhebt (im Gegenteil strebt sie die Zusammenarbeit mit möglichst vielen anderen Prozessgruppen, Soli-Fonds, Antirepressions-Gruppen, Ermittlungsausschüssen usw. an), sondern das heißt, dass sie an sich selbst den Anspruch stellt, keine Ausgrenzungen vorzunehmen.

In ihrer Satzung verpflichtet sie sich: „Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der Arbeiter\*innenbewegung, die Internationale Solidarität, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische und gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjeni-

gen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.“ (aus §2 der Satzung der Roten Hilfe)

Die Rote Hilfe will nicht nur materielle, sondern auch politische Unterstützung leisten, will also das, wofür jemand verfolgt wird, soweit es möglich ist, auch in der Öffentlichkeit vertreten. Deshalb sucht sie mit denen, die sie unterstützt, die politische Auseinandersetzung, nimmt eventuell auch zu ihrer Aktion Stellung. Aber sie macht vom Grad der Übereinstimmung nicht ihre Unterstützung abhängig. Diese politische Offenheit war für die Rote Hilfe nicht immer selbstverständlich (vgl. dazu die Broschüre „20/70 Jahre Rote Hilfe“). Dass sie heute nicht nur in der Satzung fixiert, sondern alltägliche Praxis ist, erkennt mensch vielleicht am ehesten an den Fällen konkreter Unterstützungszahlungen. Die Fälle der unterstützten oder abgelehnten Anträge des jeweils letzten Quartals werden auszugsweise in jeder Rote-Hilfe-Zeitung veröffentlicht.

## 5. Braucht die Linke eine bundesweite strömungsübergreifende Solidaritätsorganisation?

In der Regel erhalten Leute, die staatlicher Repression ausgesetzt sind, Unterstützung aus dem politischen Umfeld, in dem die verfolgte Aktion gelaufen ist. Wer z. B. wegen der Blockade einer Militäreinrichtung verurteilt wurde, wird in erster Linie mit der Solidarität von Gruppen aus

der Friedensbewegung rechnen können, verfolgte Antifaschist\*innen mit der Solidarität aus der Antifa-Bewegung usw. Die Rote Hilfe ist der Meinung, dass diese naheliegende Form der Solidarität die wichtigste überhaupt ist und beabsichtigt keineswegs, sie zu ersetzen – wohl aber, sie zu ergänzen.

Es gibt immer auch Menschen, die als Einzelne z. B. an einer Demonstration teilnehmen und im Falle ihrer Festnahme nicht unbedingt auf einen unmittelbaren Unterstützungskreis zurückgreifen können. Manchmal sind die Belastungen durch Prozesskosten oder auch die Anforderungen an die Öffentlichkeitsarbeit so hoch, dass sie von einer Gruppe allein nicht getragen werden können. In vielen Fällen ziehen sich Ermittlungen, Anklageerhebungen und Prozesse durch mehrere Instanzen so lange hin, dass sich die politischen Zusammenhänge in der Zwischenzeit längst verändert haben, und wenn das Urteil rechtskräftig wird, niemand mehr für Unterstützung ansprechbar ist.

Aus diesen Gründen halten wir eine Solidaritätsorganisation für notwendig,

- ▶ die unabhängig von politischen Konjunkturen kontinuierlich arbeitet
- ▶ die aufgrund eines regelmäßigen Spendenaufkommens verlässlich auch langfristige Unterstützungszusagen machen kann
- ▶ die bundesweit organisiert und nicht an Großstädte gebunden ist
- ▶ die sich für die politisch Verfolgten aus allen Teilen der linken Bewegung verantwortlich fühlt
- ▶ die auf Gesetzesverschärfungen und Prozesswellen bundesweit reagieren kann.

**ROTE HILFE E.V.**  
Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der BRD aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Solidarität organisieren  
Mitglied werden!

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V., Sparkasse Göttingen  
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39  
BIC: NOLADE21GOE

**DIE ROTE HILFE** erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

Schwerpunkt 1/2025: **Tod durch Polizei**

Erhältlich auch in gutsortierten **Bahnhoftbuchhandlungen**

**Impressum**  
Erscheinungsdatum: 28.02.2025  
Auflage: 104.000  
Herausgeber:  
Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.  
www.rote-hilfe.de  
V.i.S.d.P.: A. Sommerfeld  
PF 3255, 37022 Göttingen

**Spendenkonto**  
Rote Hilfe e.V.  
Sparkasse Göttingen  
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39  
BIC: NOLADE21GOE

**Eigentumsvorbehalt**  
Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an die\*den Adressat\*in Eigentum der Roten Hilfe e.V. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an die Rote Hilfe e.V. zurückzusenden.

Bildrechte: Trotz sorgfältiger Recherche war es nicht in allen Fällen möglich, die Inhaber\*innen der Bildrechte zu ermitteln. Wir bitten deshalb gegebenenfalls um Mitteilung.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Bitte Zutreffendes ankreuzen, in Großbuchstaben ausfüllen, ausschneiden und senden an: Rote Hilfe e.V., Bundesgeschäftsstelle, PF 3255, 37022 Göttingen oder QR-Code nutzen zum Onlinebeitritt

**BEITRITTSERKLÄRUNG**  
 Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe e.V.

**ÄNDERUNG DER BEITRAGSHÖHE**  
 Ich bin Mitglied der Roten Hilfe und erhöhe meinen Beitrag

**ONLINEBEITRITT**

Ich bin an aktiver Mitarbeit interessiert

Ich zahle per Dauerauftrag mit dem Betreff „Mitgliedsbeitrag“ auf das Konto der Roten Hilfe e.V., Sparkasse Göttingen  
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39, BIC: NOLADE21GOE

**ODER**

Der Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. wird, jederzeit widerruflich, ermächtigt, die Beitragszahlungen für das (Neu-)Mitglied von dem nebenstehend angegebenen Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das genannte Kreditinstitut angewiesen, die von der Roten Hilfe e.V. auf das Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Innerhalb von acht Wochen, beginnend ab dem Belastungsdatum, kann die\*der Kontoinhaber\*in die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem angegebenen Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Eventuell verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchungen z. B. bei ungedecktem Konto) gehen zu Lasten der\*des Kontoinhaber\*in und können ebenfalls von dem genannten Konto abgebucht werden.

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE49ZZ00000318799  
Mandatsreferenznummer: Wird separat mitgeteilt

Meine **Anschrift / Bankverbindung**

Vorname / Name Mitglied  
Straße / Hausnummer  
Postleitzahl / Wohnort  
Telefonnummer  
E-Mail  
Name und Sitz des Kreditinstituts  
BIC  
IBAN  
Datum / Unterschrift Mitglied

Ich zahle einen **Mitgliedsbeitrag** von

jährlich 90 Euro oder anderer Betrag \_\_\_\_\_ Euro  
 halbjährlich 45 Euro oder anderer Betrag \_\_\_\_\_ Euro  
 vierteljährlich 22,50 Euro oder anderer Betrag \_\_\_\_\_ Euro  
 monatlich 7,50 Euro oder anderer Betrag \_\_\_\_\_ Euro

Ich zahle einen **Solibeitrag** von

jährlich 120 Euro oder anderer Betrag \_\_\_\_\_ Euro  
 monatlich 10 Euro oder anderer Betrag \_\_\_\_\_ Euro

Der **Mindestbeitrag** beträgt 7,50 Euro monatlich.  
Der **ermäßigte Mindestbeitrag** für Schüler\*innen, Erwerbslose usw. beträgt 5 Euro monatlich.  
**Empfohlen wird ein Solibeitrag** von 10 Euro monatlich bzw. 120 Euro jährlich.